

## **SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2**

**Vertraglicher Anlagefonds schweizerischen Rechts für qualifizierte Anleger der Kategorie "Übrige Fonds für traditionelle Anlagen"**

### **Fondsvertrag mit Anhang**

**März 2015**

**Für den nicht-öffentlichen Vertrieb der Fondsanteile in der Schweiz**

### **Fondsvertrag**

#### **I Grundlagen**

##### **§ 1 Bezeichnung; Firma und Sitz von Fondsleitung und Depotbank**

1. Unter der Bezeichnung SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2 besteht ein vertraglicher Umbrella-Fonds für qualifizierte Anleger der Kategorie "übrige Fonds für traditionelle Anlagen" (der "Umbrella-Fonds") im Sinne von Art. 25 ff. i.V.m. Art. 68 bis Art. 70 i.V.m. Art. 10 Abs. 2 bis 5 und Art. 92 f. des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006 (KAG). Zusammen mit dem Namen des Umbrella-Fonds haben die Teilvermögen folgende Bezeichnung:
  - A) SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2 – EQUITY NORTH AMERICA
  - B) SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2 – EQUITY INTERNATIONAL
  - C) SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2 – EQUITY RESPONSIBLE INVEST
  - D) SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2 – INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS
2. Fondsleitung ist die Swisscanto Asset Management AG, Bern.
3. Depotbank ist die Zürcher Kantonalbank, Zürich.
4. Die Aufsichtsbehörde hat in Anwendung von Art. 10 Abs. 5 KAG auf Begehren der Fondsleitung und Depotbank bewilligt, dass die nachfolgend erwähnten gesetzlichen Vorschriften für Publikumsfonds, für den Umbrella-Fonds nicht anwendbar sind:
  - die Pflicht zur Erstellung eines Prospekts und von wesentlichen Informationen für die Anlegerinnen und Anleger,
  - die Pflicht zur Erstellung eines Halbjahresberichtes,
  - die Pflicht zur Preispublikation,
  - die Pflicht zur zweimaligen Publikation von Wechseln der Fondsleitung und/oder der Depotbank,
  - die Pflicht zur Ausgabe und Rücknahme von Anteilen in bar.

Anstelle des Prospektes gibt die Fondsleitung im Anhang zu diesem Fondsvertrag den Anlegern ergänzende Angaben, namentlich über eine allfällige Delegation von Anlageentscheiden und weiteren Teilaufgaben der Fondsleitung, über die ausgegebenen Anteilsklassen, über die Zahlstellen und über die Prüfgesellschaft des Umbrella-Fonds.

## **II Rechte und Pflichten der Vertragsparteien**

### **§ 2 Der Fondsvertrag**

Die Rechtsbeziehungen zwischen den Anlegern<sup>1</sup> einerseits und Fondsleitung sowie Depotbank andererseits werden durch den vorliegenden Fondsvertrag und die einschlägigen Bestimmungen der Kollektivanlagengesetzgebung geordnet.

### **§ 3 Die Fondsleitung**

1. Die Fondsleitung verwaltet die Teilvermögen für Rechnung der Anleger selbstständig und in eigenem Namen. Sie entscheidet insbesondere über die Ausgabe von Anteilen, die Anlagen und deren Bewertung. Sie berechnet die Nettoinventarwerte der Teilvermögen und setzt Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie Gewinnausschüttungen fest. Sie macht alle zum Umbrella-Fonds bzw. zu den Teilvermögen gehörenden Rechte geltend.
2. Die Fondsleitung und ihre Beauftragten unterliegen der Treue-, Sorgfalts- und Informationspflicht. Sie handeln unabhängig und wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger. Sie treffen die organisatorischen Massnahmen, die für eine einwandfreie Geschäftsführung erforderlich sind. Sie gewährleisten eine transparente Rechenschaftsablage und informieren angemessen über diesen Umbrella-Fonds bzw. die Teilvermögen. Sie legen sämtliche den Anlegern direkt oder indirekt belasteten Gebühren und Kosten sowie deren Verwendung offen; über Entschädigungen für den Vertrieb kollektiver Kapitalanlagen in Form von Provisionen, Courtagen und anderen geldwerten Vorteilen informieren sie die Anleger vollständig, wahrheitsgetreu und verständlich.
3. Die Fondsleitung kann für alle oder einzelne Teilvermögen die Anlageentscheide sowie Teilaufgaben delegieren, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwaltung liegt. Sie beauftragt ausschliesslich Personen, die für die einwandfreie Ausführung der Aufgabe qualifiziert sind, und stellt die Instruktion sowie die Überwachung und Kontrolle der Durchführung des Auftrages sicher.

Die Anlageentscheide dürfen nur an Vermögensverwalter delegiert werden, die einer anerkannten Aufsicht unterstehen.

Verlangt das ausländische Recht eine Vereinbarung über Zusammenarbeit und Informationsaustausch mit den ausländischen Aufsichtsbehörden, so darf die Fondsleitung die Anlageentscheide nur an einen Vermögensverwalter im Ausland delegieren, wenn eine solche Vereinbarung zwischen der FINMA und den für die betreffenden Anlageentscheide relevanten ausländischen Aufsichtsbehörden besteht.

Die Anlageentscheide dürfen weder an die Depotbank noch an andere Unternehmen delegiert werden, deren Interessen mit denen der Fondsleitung oder der Anleger kollidieren können.

Für Handlungen der Beauftragten haftet die Fondsleitung wie für eigenes Handeln.

4. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank eine Änderung dieses Fondsvertrages bei der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einreichen (siehe § 26) sowie mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde weitere Teilvermögen eröffnen.
5. Die Fondsleitung kann einzelne Teilvermögen mit anderen Teilvermögen oder mit anderen Anlagefonds gemäss den Bestimmungen von § 24 vereinigen oder die einzelnen Teilvermögen gemäss der Bestimmung von § 25 auflösen.

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechtsspezifische Differenzierung, z.B. Anlegerinnen und Anleger, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für beide Geschlechter.

6. Die Fondsleitung hat Anspruch auf die in §§ 18 und 19 vorgesehenen Vergütungen, auf Befreiung von den Verbindlichkeiten, die sie in richtiger Erfüllung ihrer Aufgaben eingegangen ist, und auf Ersatz der Aufwendungen, die sie zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten gemacht hat.

## **§ 4 Die Depotbank**

1. Die Depotbank bewahrt das Vermögen der Teilvermögen auf. Sie besorgt die Ausgabe und Rücknahme der Fondsanteile sowie den Zahlungsverkehr für die Teilvermögen.
2. Die Depotbank und ihre Beauftragten unterliegen der Treue-, Sorgfälts- und Informationspflicht. Sie handeln unabhängig und wahren ausschliesslich die Interessen der Anleger. Sie treffen die organisatorischen Massnahmen, die für eine einwandfreie Geschäftsführung erforderlich sind. Sie gewährleisten eine transparente Rechenschaftsablage und informieren angemessen über diesen Umbrella-Fonds bzw. die Teilvermögen. Sie legen sämtliche den Anlegern direkt oder indirekt belasteten Gebühren und Kosten sowie deren Verwendung offen; über Entschädigungen für den Vertrieb kollektiver Kapitalanlagen in Form von Provisionen, Courtagen und anderen geldwerten Vorteilen informieren sie die Anleger vollständig, wahrheitsgetreu und verständlich.
3. Die Depotbank ist für die Konto- und Depotführung des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen verantwortlich, kann aber nicht selbständig über deren Vermögen verfügen.
4. Die Depotbank gewährleistet, dass ihr bei Geschäften, die sich auf das Vermögen des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen beziehen, der Gegenwert innert der üblichen Fristen übertragen wird. Sie benachrichtigt die Fondsleitung, falls der Gegenwert nicht innert der üblichen Frist erstattet wird, und fordert von der Gegenpartei Ersatz für den betroffenen Vermögenswert, sofern dies möglich ist.
5. Die Depotbank führt die erforderlichen Aufzeichnungen und Konten so, dass sie jederzeit die verwahrten Vermögensgegenstände der einzelnen Teilvermögen voneinander unterscheiden kann.  
Die Depotbank prüft bei Vermögensgegenständen, die nicht in Verwahrung genommen werden können, das Eigentum der Fondsleitung und führt darüber Aufzeichnungen.
6. Die Depotbank kann Dritt- und Sammelverwahrer im In- oder Ausland mit der Aufbewahrung des Vermögens der Teilvermögen beauftragen, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwahrung liegt. Sie prüft und überwacht, ob der von ihr beauftragte Dritt- oder Sammelverwahrer:
  - a) über eine angemessene Betriebsorganisation, finanzielle Garantien und die fachlichen Qualifikationen verfügt, die für die Art und die Komplexität der Vermögensgegenstände, die ihm anvertraut wurden, erforderlich sind;
  - b) einer regelmässigen externen Prüfung unterzogen und damit sichergestellt wird, dass sich die Finanzinstrumente in seinem Besitz befinden;
  - c) die von der Depotbank erhaltenen Vermögensgegenstände so verwahrt, dass sie von der Depotbank durch regelmässige Bestandesabgleiche zu jeder Zeit eindeutig als zum Fondsvermögen gehörend identifiziert werden können;
  - d) die für die Depotbank geltenden Vorschriften hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer delegierten Aufgaben und der Vermeidung von Interessenkollisionen einhält.

Die Depotbank haftet für den durch den Beauftragten verursachten Schaden, sofern sie nicht nachweisen kann, dass sie bei der Auswahl, Instruktion und Überwachung die nach den Umständen gebotene Sorgfalt angewendet hat.

Für Finanzinstrumente darf die Übertragung im Sinne des vorstehenden Absatzes nur an beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer erfolgen. Davon ausgenommen ist die zwingende Verwahrung an einem Ort, an dem die Übertragung an beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer nicht möglich ist, wie insbesondere aufgrund zwingender Rechtsvorschriften oder der Modalitäten des Anlageprodukts. Die Anleger sind im Anhang über die Aufbewahrung durch nicht beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer zu informieren.

7. Die Depotbank sorgt dafür, dass die Fondsleitung das Gesetz und den Fondsvertrag beachtet. Sie prüft, ob die Berechnung des Nettoinventarwertes und der Ausgabe- und Rücknahmepreise der Anteile sowie die Anlageentscheide Gesetz und Fondsvertrag entsprechen und ob der Erfolg nach Massgabe des Fondsvertrags verwendet wird. Für die Auswahl der Anlagen, welche die Fondsleitung im Rahmen der Anlagevorschriften trifft, ist die Depotbank nicht verantwortlich.
8. Die Depotbank hat Anspruch auf die in §§ 18 und 19 vorgesehenen Vergütungen, auf Befreiung von den Verbindlichkeiten, die sie in richtiger Erfüllung ihrer Aufgaben eingegangen ist, und auf Ersatz der Aufwendungen, die sie zur Erfüllung dieser Verbindlichkeiten gemacht hat.

## **§ 5 Die Anleger**

1. Der Kreis der Anleger ist auf Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, welche ihre Destinäre im Sinne des BVG gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität schützen, sowie auf Anlagestiftungen, die nur solchen Vorsorgeeinrichtungen offenstehen, beschränkt, sofern sie über eine professionelle Tresorerie verfügen, mithin auf qualifizierte Anleger im Sinne von Art. 10 Abs. 3 KAG. Als Anleger zugelassen ist somit ausschliesslich, wer nach dem Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz-USA (DBA CH-USA) sowie der Verständigungsvereinbarung vom 25. November/3. Dezember 2004 i.V.m. Art. 10 Abs. 3 DBA CH-USA den Quellensteuersatz von 0% beanspruchen kann und dies mittels eines vollständig und korrekt ausgefüllten sowie im Original unterzeichneten Steuerformulars (W-8BEN-E) gegenüber der Depotbank oder gegenüber einem von der Depotbank bezeichneten Dritten bestätigt bzw. die entsprechende Bestätigung fristgerecht (vgl. Ziff. 9 unten) bei der Depotbank oder bei dem von der Depotbank bezeichneten Dritten erneuert hat.

Mit ausdrücklicher vorgängiger Zustimmung der Depotbank, kann der Anleger das Formular W-8BEN-E anstatt zu Handen der Depotbank oder des von der Depotbank bezeichneten Dritten einem entsprechend qualifizierten Vermittler einreichen, sofern dieser Vermittler sodann gegenüber der Depotbank bzw. dem von der Depotbank bezeichneten Dritten den Steuerstatus des Anlegers mittels eines im Original unterzeichneten Steuerformulars W-8IMY sowie des Withholding Statements bescheinigt.

2. Die Anleger erwerben mit Vertragsabschluss und der Einzahlung in bar Forderungen gegen die Fondsleitung auf Beteiligung am Vermögen und am Ertrag eines Teilvermögens des Umbrella-Fonds. Anstelle der Einzahlung in bar kann auf Antrag des Anlegers und mit Zustimmung der Fondsleitung eine Sacheinlage gemäss den Bestimmungen von § 17 Ziff. 7 vorgenommen werden. Die Forderung der Anleger ist in Anteilen begründet.
3. Die Anleger sind nur am Vermögen und am Ertrag desjenigen Teilvermögens berechtigt, an dem sie beteiligt sind. Für die auf einzelne Teilvermögen entfallenden Verbindlichkeiten haftet nur das betreffende Teilvermögen.
4. Die Anleger sind nur zur Einzahlung der von ihnen gezeichneten Anteile in das entsprechende Teilvermögen verpflichtet. Ihre persönliche Haftung für Verbindlichkeiten des Umbrella-Fonds bzw. Teilvermögens ist ausgeschlossen.

5. Die Anleger erhalten bei der Fondsleitung jederzeit Auskunft über die Grundlagen für die Berechnung des Nettoinventarwertes pro Anteil. Machen die Anleger ein Interesse an näheren Angaben über einzelne Geschäfte der Fondsleitung wie die Ausübung von Mitgliedschafts- und Gläubigerrechten oder über das Riskmanagement oder über Sacheinlagen bzw. -auslagen geltend, so erteilt ihnen die Fondsleitung auch darüber jederzeit Auskunft. Die Anleger können beim Gericht am Sitz der Fondsleitung verlangen, dass die Prüfgesellschaft oder eine andere sachverständige Person den abklärungsbedürftigen Sachverhalt untersucht und ihnen darüber Bericht erstattet.
6. Die Anleger können den Fondsvertrag jederzeit kündigen und die Auszahlung ihres Anteils am entsprechenden Teilvermögen in bar verlangen. Anstelle der Auszahlung in bar kann auf Antrag des Anlegers und mit Zustimmung der Fondsleitung eine Sachauslage gemäss den Bestimmungen von § 17 Ziff. 7 vorgenommen werden. Unter gewissen Bedingungen kann die Fondsleitung dem Anleger auch ohne ausdrücklichen Antrag Anlagen übertragen, statt eine Barauszahlung vorzunehmen (vgl. § 17 Ziff. 7).
7. Die Anleger sind verpflichtet, der Fondsleitung, der Depotbank und ihren Beauftragten gegenüber auf Verlangen nachzuweisen, dass sie die gesetzlichen oder fondsvertraglichen Voraussetzungen für die Beteiligung an einem Teilvermögen oder einer Anteilkasse erfüllen bzw. nach wie vor erfüllen. Überdies sind sie verpflichtet, die Fondsleitung, die Depotbank und deren Beauftragte umgehend zu informieren, sobald sie diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllen.

Der Anleger hat insbesondere das in Ziff. 1 erwähnte W-8BEN-E rechtzeitig einzureichen und dieses unverzüglich und unaufgefordert zu aktualisieren, sobald dies notwendig ist.

**Der Anleger haftet gegenüber dem Fondsvermögen für sämtliche Schäden, welche sich aus einem nicht mehr aktuellen oder aus einem nicht korrekt ausgefüllten Formular W-8BEN-E in Bezug auf seine Anlage ergeben. Diese Haftung umfasst u.a. allfällige Steuerfolgen und Abwicklungskosten (inkl. Kosten für Rechts- und Steuerberatung), welche in diesem Zusammenhang entstehen.**

**Der Anleger stimmt einer vollständigen Offenlegung seiner Beteiligung an der kollektiven Kapitalanlage und namentlichen Bekanntgabe gegenüber der amerikanischen Steuerbehörde und/oder anderen Depotstellen, welche Vermögenswerte der kollektiven Kapitalanlage verwahren oder verwahrt haben, zu. In diesem Rahmen entbindet der Anleger die Fondsleitung und die Depotbank sowie deren Beauftragte vollständig und unwiderruflich vom Fondsleitungs- und/oder Bankgeheimnis und ermächtigt diese sämtliche erforderlichen oder zweckdienlichen Meldungen an in- oder ausländische Behörden sowie Depotstellen vorzunehmen.**

8. Die Anteile eines Anlegers müssen durch die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank zum jeweiligen Rücknahmepreis zwangsweise zurückgenommen werden, wenn:
  - a) dies zur Wahrung des Rufes des Finanzplatzes, namentlich zur Bekämpfung der Geldwäscherei, erforderlich ist;
  - b) der Anleger die gesetzlichen oder vertraglichen Voraussetzungen zur Teilnahme an einem Teilvermögen oder einer Anteilkasse nicht mehr erfüllt.
9. Zusätzlich können die Anteile eines Anlegers durch die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank zum jeweiligen Rücknahmepreis zwangsweise zurückgenommen werden, wenn:
  - a) die Beteiligung des Anlegers an einem Teilvermögen geeignet ist, die wirtschaftlichen Interessen der übrigen Anleger massgeblich zu beeinträchtigen, insbesondere wenn die Beteiligung steuerliche Nachteile für den Umbrella-Fonds bzw. ein Teilvermögen im In- oder Ausland zeitigen kann;

- b) Anleger ihre Anteile in Verletzung von Bestimmungen eines auf sie anwendbaren in- oder ausländischen Gesetzes oder dieses Fondsvertrags erworben haben oder halten;
- c) die wirtschaftlichen Interessen der Anleger beeinträchtigt werden, insbesondere in Fällen, wo einzelne Anleger durch systematische Zeichnungen und unmittelbar darauf folgende Rücknahmen Vermögensvorteile zu erzielen versuchen, indem sie Zeitunterschiede zwischen der Festlegung der Schlusskurse und der Bewertung des Vermögens der Teilvermögen ausnutzen (Market Timing).

Der Sachverhalt gemäss Bst. a oben gilt insbesondere dann als erfüllt, wenn die Steuerbefreiung von der US-Quellensteuer nicht mittels eines vollständig und korrekt sowie im Original unterzeichneten Steuerformulars W-8BEN-E bzw. W-8IMY zusammen mit dem Withholding Statement gegenüber der Depotbank oder gegenüber dem von der Depotbank bezeichneten Dritten nachgewiesen wird und/oder dieser Nachweis nicht spätestens drei Monate vor Ablauf eines bestehenden Steuerformulars bei der Depotbank bzw. bei dem von der Depotbank bezeichneten Dritten erneuert wird.

## **§ 6 Anteile und Anteilsklassen**

1. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank und Genehmigung der Aufsichtsbehörde für jedes Teilvermögen jederzeit verschiedene Anteilsklassen schaffen, aufheben oder vereinigen. Alle Anteilsklassen berechtigen zur Beteiligung am ungeteilten Vermögen des entsprechenden Teilvermögens, welches seinerseits nicht segmentiert ist. Diese Beteiligung kann aufgrund klassenspezifischer Kostenbelastungen oder Ausschüttungen oder aufgrund klassenspezifischer Erträge unterschiedlich ausfallen und die verschiedenen Anteilsklassen eines Teilvermögens können deshalb einen unterschiedlichen Nettoinventarwert pro Anteil aufweisen. Für klassenspezifische Kostenbelastungen haftet das Vermögen des Teilvermögens als Ganzes.
2. Die Schaffung, Aufhebung oder Vereinigung von Anteilsklassen wird im Publikationsorgan bekannt gemacht. Nur die Vereinigung gilt als Änderung des Fondsvertrags im Sinne von § 26.
3. Die verschiedenen Anteilsklassen der Teilvermögen können sich namentlich hinsichtlich Kostenstruktur, Referenzwährung, Währungsabsicherung, Ausschüttung oder Thesaurierung der Erträge, Mindestanlage sowie Anlegerkreis unterscheiden.

Vergütungen und Kosten werden nur derjenigen Anteilsklasse belastet, der eine bestimmte Leistung zukommt. Vergütungen und Kosten, die nicht eindeutig einer Anteilsklasse zugeordnet werden können, werden den einzelnen Anteilsklassen im Verhältnis zum Vermögen des Teilvermögens belastet.

4. Zurzeit bestehen folgende Anteilsklassen:

- 4.1 Für die Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA und EQUITY INTERNATIONAL:

- **Anteilsklasse AST BVG:** Anteile der Klasse AST BVG sind ausschliesslich der Swisscanto Anlagestiftung Avant und der Swisscanto Flex Sammelstiftung für die Anlage der Vermögen der beruflichen Vorsorge vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1) und die Erträge werden thesauriert (§ 22). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.
- **Anteilsklasse AST BVGFZ:** Anteile der Klasse AST BVGFZ sind ausschliesslich der Swisscanto Flex Sammelstiftung für die Anlage der Vermögen von Freizügigkeitsstiftungen vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1) und die Erträge werden thesauriert (§ 22). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

- 4.2 Für die Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA, EQUITY INTERNATIONAL, EQUITY RESPONSIBLE INVEST und INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS:
- **Anteilsklasse AST:** Anteile der Klasse AST werden ausschliesslich der Swisscanto Anlagestiftung Avant und der Swisscanto Flex Sammelstiftung angeboten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1) und die Erträge werden thesauriert (§ 22). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.
- 4.3 Für das Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA:
- **Anteilsklasse AST Region:** Anteile der Klasse AST Region sind ausschliesslich der Regionenmischvermögen der Swisscanto Anlagestiftung Avant vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1) und die Erträge werden thesauriert (§ 22). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.
- 4.4 Für das Teilvermögen EQUITY RESPONSIBLE INVEST:
- **Anteilsklasse N:** Anteile der Klasse N werden nur qualifizierten Anlegern gemäss § 5 Ziff. 1 angeboten, welche
    - einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag, einen schriftlichen Beratungsvertrag, einen schriftlichen Investitionsvertrag oder einen anderen schriftlichen Dienstleistungsvertrag mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe oder mit einer Bank abgeschlossen haben (vgl. Ziff. 1.2, Bst. a des Anhanges) und
    - die im Anhang (Ziff. 1.2, Bst. b) erläuterten Mindestzeichnungs- bzw. Mindesthalteanforderungen erfüllen. Die Ausnahmen zu diesen Anforderungen sind ebenfalls im Anhang festgehalten.
- Soweit Finanzintermediäre Anteile für Rechnung ihrer Kunden halten, ist der Mindestanlagebetrag auf der Ebene des Kunden zu erfüllen.
- Bei der Anteilsklasse N wird keine pauschale Verwaltungskommission erhoben (§ 19 Ziff. 1). Die Erträge werden thesauriert (§ 22).
- Die Anteile der Klasse N können nur von Banken angeboten werden, sofern eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe besteht.
- 4.5 Für alle Teilvermögen:
- **Anteilsklasse P:** Anteile der Klasse P werden nur qualifizierten Anlegern gemäss § 5 Ziff. 1 angeboten, die einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag, einen schriftlichen Beratungsvertrag, einen schriftlichen Investitionsvertrag oder einen anderen schriftlichen Dienstleistungsvertrag mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe oder mit einem Kooperationspartner abgeschlossen haben (vgl. Ziff. 1.3 des Anhanges). Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1) und die Erträge werden thesauriert (§ 22). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.
- Die Anteile der Klasse P können nur von Kooperationspartnern angeboten werden, sofern eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe besteht.
5. Die Anleger sind berechtigt, alle oder einen Teil ihrer Anteile innerhalb eines bestimmten Teilvermögens von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse umzutauschen (Konversion), und zwar an jedem Tag, an dem der Nettoinventarwert des entsprechenden Teilvermögens berechnet wird. Die Zeichnungsanforderungen der jeweiligen Anteilsklasse

müssen auch bei einer Konversion von Anteilen in eine andere Anteilsklasse erfüllt sein. Die Einzelheiten sind im Anhang festgehalten (Ziff. 7.7).

6. Die Anteile werden nicht verbrieft, sondern buchmässig auf den Namen des Anlegers geführt. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen in Ziff. 8 nachstehend. Der Anleger ist nicht berechtigt, die Aushändigung eines auf den Namen oder auf den Inhaber lautenden Anteilscheins zu verlangen. Die Fondsleitung ist ermächtigt, auf bestimmte Geldbeträge lautende Zeichnungen anzunehmen und auf deren Basis Anteilsbruchteile auszugeben. Anteilsbruchteile können ferner durch eine Vereinigung, einen Split oder eine Konversion entstehen. Anteilsbruchteile werden mit höchstens drei Nachkommastellen ausgedrückt.
7. Die buchmässige Führung der Anteile hat grundsätzlich über ein Depot bei der Depotbank zu erfolgen. Die Registrierung als Inhaber des Depots gilt gegenüber der Depotbank, der Fondsleitung und Dritten als Ausweis über den Bestand und die Höhe der Forderung des Anlegers. Die Bestimmungen in Ziff. 8 nachstehend sind vorbehalten.
8. Die Depotbank kann die Zustimmung erteilen, dass anstelle eines Anlegers dessen Depotstelle der Depotbank gegenüber als Deponentin eingetragen wird, sofern diese Depotstelle der Depotbank gegenüber bestätigt, dass ihr Kunde (a) sämtliche fondsvertraglichen Voraussetzungen zum Halten von Anteilen des massgeblichen Teilvermögens bzw. der massgeblichen Anteilsklasse erfüllt, (b) die Depotstelle die Depotbank über allfällige Änderungen informieren wird und (c) die Anforderungen betreffend die Steuerformulare W-8BEN-E bzw. W-8IMY gemäss § 5 Ziff. 1 erfüllt sind.

Bei der betreffenden Depotstelle hat es sich um eine Schweizer Bank, eine Schweizer Effektenhändlerin, eine ausländische Bank aus einem OECD Mitgliedstaat oder aus Liechtenstein, die in massgeblichem Umfang im Global Custody-Geschäft tätig ist, zu handeln. Weiter kommt als Depotstelle Swisscanto Funds Centre Limited, London, in Frage.

Die obigen Depotstellen müssen den Status als Qualified Intermediary aufweisen.

9. Unter Vorbehalt der nachstehenden Ziff. 10 ist die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank verpflichtet, Anleger, sobald sie die Voraussetzungen zum Halten der Anteile nicht mehr erfüllen, aufzufordern, ihre Anteile innert 30 Kalendertagen im Sinne von § 17 zurückzugeben, an eine Person zu übertragen, die die genannten Voraussetzungen erfüllt oder in Anteile einer anderen Klasse des entsprechenden Teilvermögens umzutauschen, deren Bedingungen sie erfüllen. Leistet der Anleger dieser Aufforderung nicht Folge, muss die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank entweder einen zwangsweisen Umtausch in eine andere Anteilsklasse des entsprechenden Teilvermögens oder, sofern dies nicht möglich ist, eine zwangsweise Rücknahme im Sinne von § 5 Ziff. 8 der betreffenden Anteile vornehmen.
10. Falls ein Anleger ausser den Mindesthalteanforderungen gemäss Ziff. 1.2, Bst. b des Anhanges sämtliche Voraussetzungen zum Halten der Anteile der Klasse N erfüllt, findet in Abweichung zu Ziff. 7 oben folgende Bestimmung Anwendung:

Die Fondsleitung informiert die anderen Gesellschaften, die kollektive Kapitalanlagen der Swisscanto Gruppe verwalten, sowie die Swisscanto Anlagestiftung und die Swisscanto Anlagestiftung Avant falls ein Anleger während maximal sechs Monaten die Mindesthalteanforderungen für die Anteilsklasse N gemäss Ziff. 1.2, Bst. b des Anhanges nicht mehr erfüllt. Nach Ablauf einer zusätzlichen Frist von sechs Monaten ist die Fondsleitung berechtigt, in Zusammenarbeit mit der Depotbank eine zwangsweise Rücknahme der Anteile der Klasse N vorzunehmen. Besteht im selben Teilvermögen eine andere Anteilsklasse, für welche der Anleger die Zeichnungsvoraussetzungen erfüllt ("neue Klasse"), kann die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depotbank anstatt einer zwangsweisen Rücknahme einen Zwangsumtausch der verbleibenden Anteile der Klasse N in Anteile der neuen Klasse des selben Teilvermögens vornehmen.

### **III Richtlinien der Anlagepolitik**

#### **A Anlagegrundsätze**

##### **§ 7 Einhaltung der Anlagevorschriften**

1. Bei der Auswahl der einzelnen Anlagen jedes Teilvermögens beachtet die Fondsleitung im Sinne einer ausgewogenen Risikoverteilung die nachfolgend aufgeführten prozentualen Beschränkungen. Diese beziehen sich auf das Vermögen der einzelnen Teilvermögen zu Verkehrswerten und sind ständig einzuhalten. Die einzelnen Teilvermögen müssen die Anlagebeschränkungen sechs Monate nach Ablauf der Zeichnungsfrist (Lancierung) erfüllen.
2. Werden die Beschränkungen durch Marktveränderungen überschritten, so müssen die Anlagen unter Wahrung der Interessen der Anleger innerhalb einer angemessenen Frist auf das zulässige Mass zurückgeführt werden. Werden Beschränkungen in Verbindung mit Derivaten gemäss § 12 nachstehend durch eine Veränderung des Deltas verletzt, so ist der ordnungsgemässe Zustand unter Wahrung der Interessen der Anleger spätestens innerhalb von drei Bankwerktagen wieder herzustellen.

##### **§ 8 Anlagepolitik**

1. Die Fondsleitung kann im Rahmen der spezifischen Anlagepolitik jedes Teilvermögens gemäss Ziff. 2 das Vermögen der einzelnen Teilvermögen in die nachfolgenden Anlagen investieren. Die mit diesen Anlagen verbundenen Risiken sind im Anhang offen zu legen.
  - a) Effekten, das heisst massenweise ausgegebene Wertpapiere und nicht verurkundete Rechte mit gleicher Funktion (Wertrechte), die an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, und die ein Beteiligungs- oder Forderungsrecht oder das Recht verkörpern, solche Wertpapiere und Wertrechte durch Zeichnung oder Austausch zu erwerben, wie namentlich Warrants; Anlagen in Effekten aus Neuemissionen sind nur zulässig, wenn deren Zulassung an einer Börse oder einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt in den Emissionsbedingungen vorgesehen ist. Sind sie ein Jahr nach dem Erwerb noch nicht an der Börse oder an einem anderen dem Publikum offen stehenden Markt zugelassen, so sind die Titel innerhalb eines Monats zu verkaufen oder in die Beschränkungsregel von Ziff. 1 Bst. g einzubeziehen.
  - b) Derivate, wenn (i) ihnen als Basiswerte Effekten gemäss Bst. a, Derivate gemäss Bst. b, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen gemäss Bst. d, Geldmarktinstrumente gemäss Bst. e, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse, Kredite oder Währungen zugrunde liegen, und (ii) die zu Grunde liegenden Basiswerte gemäss Fondsvertrag als Anlagen zulässig sind. Derivate sind entweder an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC gehandelt. OTC-Geschäfte sind nur zulässig, wenn (i) die Gegenpartei ein beaufsichtigter, auf dieses Geschäft spezialisierter Finanzintermediär ist, und (ii) die OTC-Derivate täglich handelbar sind oder eine Rückgabe an den Emittenten jeder-zeit möglich ist. Zudem sind sie zuverlässig und nachvollziehbar bewertbar. Derivate können gemäss § 12 eingesetzt werden.
  - c) Strukturierte Produkte, wenn (i) ihnen als Basiswerte Effekten gemäss Bst. a, Derivate gemäss Bst. b, strukturierte Produkte gemäss Bst. c, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen gemäss Bst. d, Geldmarktinstrumente gemäss Bst. e, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse, Kredite oder Währungen zugrunde liegen und (ii) die zu Grunde liegenden Basiswerte gemäss Fondsvertrag als Anlagen zulässig sind. Strukturierte Produkte sind entweder an einer Börse oder an einem andern geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC gehandelt;

OTC-Geschäfte sind nur zulässig, wenn (i) die Gegenpartei ein beaufsichtigter, auf dieses Geschäft spezialisierter Finanzintermediär ist, und (ii) die OTC-Produkte täglich handelbar sind oder eine Rückgabe an den Emittenten jederzeit möglich ist. Zudem sind sie zuverlässig und nachvollziehbar bewertbar.

- d) Anteile bzw. Aktien anderer offener kollektiver Kapitalanlagen unter Einschluss von Anrechten anderer Anlagegruppen der Swisscanto Anlagestiftungen oder anderer Anlagestiftungen, deren Anteile periodisch auf der Grundlage ihres Inventarwertes zurückgenommen oder zurückgekauft werden.

Anteile bzw. Aktien von geschlossenen oder anderen offenen kollektiven Kapitalanlagen, die nach dem Recht irgendeines Staates errichtet wurden, sofern ihre Anteile bzw. Aktien an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden.

Anteile bzw. Aktien von offenen kollektiven Kapitalanlagen umfassen Anteile (bzw. Aktien) von kollektiven Kapitalanlagen, die nach dem Recht irgendeines Staates errichtet sind, die zum Vertrieb in der Schweiz bewilligt sein können oder nicht und bei denen die Auszahlung von Rücknahme- oder Rückkaufbetreffnissen keinen Beschränkungen unterliegt. Soweit solche kollektive Kapitalanlagen in ihrem Heimatstaat einer Aufsicht unterliegen, wird diese nicht notwendigerweise nach der Praxis der Schweizer Aufsichtsbehörde als "gleich-wertig" eingestuft. Die Anteile bzw. Aktien müssen periodisch zu ihrem inneren Wert zurückgenommen oder zurückgekauft werden.

Anteile bzw. Aktien von geschlossenen kollektiven Kapitalanlagen umfassen Anteile (bzw. Aktien) von kollektiven Kapitalanlagen, die nach dem Recht irgendeines Staates errichtet sind und die zum Vertrieb in der Schweiz bewilligt sein können oder nicht. Geschlossene kollektive Kapitalanlagen unterliegen in ihrem Heimatstaat überwiegend keiner Aufsicht. Soweit solche kollektive Kapitalanlagen in ihrem Heimatstaat einer Aufsicht unterliegen, wird diese nicht notwendigerweise nach der Praxis der Schweizer Aufsichtsbehörde als "gleichwertig" eingestuft.

Bei all diesen kollektiven Kapitalanlagen darf es sich nicht um solche handeln, die nach Schweizer Recht als "Übriger Fonds für alternative Anlagen" qualifizieren.

Anteile an in- oder ausländischen Immobilienfonds (einschliesslich Real Estate Investment Trusts, REITs), die an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden.

Die Fondsleitung darf unter Vorbehalt von § 19 Ziff. 3 Anteile an Zielfonds erwerben, die unmittelbar oder mittelbar von ihr selbst oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der sie durch gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist.

Der Erwerb von Fund of Funds (Dachfonds) ist nicht zulässig.

- e) Geldmarktinstrumente, wenn diese liquide und bewertbar sind sowie an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden; Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, dürfen nur erworben werden, wenn die Emission oder der Emittent Vorschriften über den Gläubiger- und den Anlegerschutz unterliegt und wenn die Geldmarktinstrumente von Emittenten gemäss Art. 74 Abs. 2 KKV begeben oder garantiert sind.
- f) Guthaben auf Sicht und auf Zeit mit Laufzeiten bis zu zwölf Monaten bei Banken, die ihren Sitz in der Schweiz oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union haben oder in einem anderen Staat, wenn die Bank dort einer Aufsicht untersteht, die derjenigen in der Schweiz gleichwertig ist.

- g) andere als die vorstehend in Bst. a bis f genannten Anlagen insgesamt bis höchstens 10% des Fondsvermögens; nicht zulässig sind (i) Anlagen in Edelmetallen, Edelmetallzertifikate, Waren und Warenpapieren sowie (ii) echte Leerverkäufe von Anlagen aller Art.

2. Anlagepolitik der einzelnen Teilvermögen:

**A. Für das Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA gilt Folgendes:**

- a) Die Fondsleitung investiert das Vermögen des Teilvermögens in:
  - aa) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine und Ähnliches) von Unternehmen, die ihren Sitz in Nordamerika haben, den überwiegenden Teil ihrer Geschäftstätigkeit in Nordamerika ausüben oder die Bestandteil des als Anlageuniversum bezeichneten Nordamerikanischen Aktienmarktindex sind, der im Anhang (Ziff. 7.1) namentlich erwähnt ist;
  - ab) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die gemäss ihren Dokumenten ihr Vermögen gemäss den Richtlinien dieses Teilvermögens oder Teilen davon anlegen sowie Anteile in- oder ausländischer Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - ac) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben erwähnten Anlagen;
  - ad) Strukturierte Produkte, wenn die zu Grunde liegenden Basiswerte als Anlagen zulässig sind;
  - ae) Wandelobligationen, Wandelnotes und Optionsanleihen von Unternehmen, die ihren Sitz in Nordamerika haben, den überwiegenden Teil ihrer Geschäftstätigkeit in Nordamerika ausüben, oder die Bestandteil des als Anlageuniversum bezeichneten Nordamerikanischen Aktienmarktindex sind, der im Anhang (Ziff. 7.1) namentlich erwähnt ist.
- b) Zusätzlich hat die Fondsleitung die nachstehenden Anlagebeschränkungen, die sich auf das Vermögen des Teilvermögens nach Abzug der flüssigen Mittel beziehen, einzuhalten:
  - mindestens 2/3 in Anlagen gemäss Bst. aa;
  - höchstens 5% in Wandelobligationen, Wandelnotes und Optionsanleihen;
  - höchstens insgesamt 10% in andere kollektive Kapitalanlagen sowie in- oder ausländische Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - höchstens 10% in strukturierte Produkte.

**B. Für das Teilvermögen EQUITY INTERNATIONAL gilt Folgendes:**

- a) Die Fondsleitung investiert das Vermögen des Teilvermögens in:
  - aa) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine, Genussscheine und Ähnliches) von Unternehmen, die ihren Sitz oder den überwiegenden Teil ihrer Geschäftstätigkeit ausserhalb der Schweiz haben und die in einem Land kotiert sind, welches im Anlageuniversum des Indexes MSCI World Standard enthalten ist;
  - ab) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die gemäss ihren Dokumenten ihr Vermögen gemäss den Richtlinien dieses Teilvermögens oder Teilen davon anlegen sowie Anteile in- oder ausländischer Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - ac) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben erwähnten Anlagen;
  - ad) Strukturierte Produkte, wenn die zu Grunde liegenden Basiswerte als Anlagen zulässig sind;

- ae) Wandelobligationen, Wandelnotes und Optionsanleihen von Unternehmen, die ihren Sitz oder den überwiegenden Teil ihrer Geschäftstätigkeit ausserhalb der Schweiz haben und die in einem Land kotiert sind, welches im Anlageuniversum des Indexes MSCI World Standard enthalten ist.
- b) Zusätzlich hat die Fondsleitung die nachstehenden Anlagebeschränkungen, die sich auf das Vermögen des Teilvermögens nach Abzug der flüssigen Mittel beziehen, einzuhalten:
  - mindestens 2/3 in Anlagen gemäss Bst. aa;
  - höchstens 5% in Wandelobligationen, Wandelnotes und Optionsanleihen;
  - höchstens insgesamt 10% in andere kollektive Kapitalanlagen sowie in- oder ausländische Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - höchstens 10% in strukturierte Produkte.

**C. Für das Teilvermögen EQUITY RESPONSIBLE INVEST gilt Folgendes:**

- a) Die Fondsleitung investiert, nach Abzug der flüssigen Mittel, mindestens zwei Drittel des Vermögens des Teilvermögens in:
  - aa) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsanteile und Ähnliches) von Unternehmen mit Domizil in der Schweiz und im Ausland, welche sich durch eine nachhaltige, verantwortungsbewusste Ausrichtung mit Fokus auf die Faktoren Umwelt, Gesellschaft, Mitarbeiter und Unternehmensführung auszeichnen, oder die Bestandteil des im Anhang (Ziff. 7.2) erwähnten Nachhaltigkeitsindex sind;
  - ab) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die gemäss ihren Dokumenten ihr Vermögen gemäss den Vorgaben von Bst. aa vorstehend anlegen;
  - ac) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben erwähnten Anlagen;
  - ad) Strukturierte Produkte, wenn die zu Grunde liegenden Basiswerte als Anlagen zulässig sind.

Bei Anlagen in andere kollektive Kapitalanlagen gemäss Bst. ab vorstehend und Derivaten gemäss Bst. ac vorstehend stellt die Fondsleitung sicher, dass auf konsolidierter Basis mindestens zwei Drittel des Vermögens des Teilvermögens in Anlagen gemäss Bst. aa vorstehend investiert sind.

- b) Die Fondsleitung kann zudem, nach Abzug der flüssigen Mittel, höchstens ein Drittel des Vermögens des Teilvermögens in folgende Anlagen investieren:
  - ba) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine und Ähnliches) von Unternehmen, welche den in Bst. aa genannten Anforderungen nicht genügen;
  - bb) Obligationen, Wandelobligationen, Wandelnotes, Optionsanleihen und Notes sowie andere fest oder variabel verzinsliche Forderungswertpapiere und -rechte von privaten und öffentlich rechtlichen in- und ausländischen Schuldnern;
  - bc) Geldmarktinstrumente von in- und ausländischen Emittenten;
  - bd) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die den in Bst. ab genannten Anforderungen nicht genügen sowie Anteile in- oder ausländischer Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - be) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben erwähnten Anlagen;
  - bf) Bankguthaben bei in- und ausländischen Banken.
- c) Zusätzlich hat die Fondsleitung die nachstehenden Anlagebeschränkungen, die sich auf das Vermögen des Teilvermögens nach Abzug der flüssigen Mittel beziehen, einzuhalten:

- höchstens 5% in Wandelobligationen, Wandelnotes und Optionsanleihen;
- höchstens insgesamt 10% in andere kollektive Kapitalanlagen sowie in- oder ausländische Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
- höchstens 10% in strukturierte Produkte.

**D. Für das Teilvermögen INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS gilt Folgendes:**

- a) Die Fondsleitung investiert, nach Abzug der flüssigen Mittel, mindestens 2/3 des Vermögens des Teilvermögens in:
  - aa) Beteiligungswertpapiere und -rechte (Aktien, Genussscheine, Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine und Ähnliches) von Gesellschaften, deren überwiegender Teil ihrer Geschäftstätigkeit in der Vermögensanlage in Immobilien weltweit oder in ausgesuchten Märkten sowie der Erzielung von Erträgen aus der Vermietung, Verpachtung, dem Betreiben, Erwerb, Verkauf oder dem Entwickeln von Immobilien besteht (Immobilien gesellschaften);
  - ab) Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die gemäss ihren Dokumenten ihr Vermögen gemäss den Richtlinien dieses Teilvermögens oder Teilen davon anlegen bzw. Anteile in- oder ausländischer Immobilienfonds (einschliesslich REITs);
  - ac) Derivate (einschliesslich Warrants) auf die oben erwähnten Anlagen;
  - ad) Strukturierte Produkte, wenn die zu Grunde liegenden Basiswerte als Anlagen zulässig sind.
- b) Die Fondsleitung kann ferner - nach Abzug der flüssigen Mittel – je bis zu 10%, jedoch gesamthaft bis maximal 1/3 des Vermögens des Teilvermögens - in folgende Anlagen investieren:
  - ba) Beteiligungswertpapiere und -rechte von Unternehmen mit Tätigkeiten im Immobiliensektor, welche die Anforderungen von Bst. aa nicht erfüllen;
  - bb) Geldmarktinstrumente von in- oder ausländischen Emittenten;
  - bc) Forderungswertpapiere und -rechte (Obligationen, Notes und Ähnliches) von Emittenten, die den überwiegenden Teil ihrer Geschäftstätigkeit im Immobilien geschäft abwickeln.
- c) Zusätzlich hat die Fondsleitung die nachstehenden Anlagebeschränkungen, die sich auf das Vermögen des Teilvermögens nach Abzug der flüssigen Mittel beziehen, einzuhalten:
  - höchstens insgesamt 49% in andere kollektive Kapitalanlagen einschliesslich in- oder ausländische Immobilienfonds, wovon ausgenommen REITs;
  - höchstens 10% in strukturierte Produkte.

## § 9 Flüssige Mittel

Die Fondsleitung darf für jedes Teilvermögen zusätzlich angemessene flüssige Mittel in der Rechnungseinheit des entsprechenden Teilvermögens und in allen Währungen, in denen Anlagen zugelassen sind, halten. Als flüssige Mittel gelten Bankguthaben auf Sicht und auf Zeit mit Laufzeiten bis zu zwölf Monaten.

## **B Anlagetechniken und -instrumente**

### **§ 10 Effektenleihe**

Die Fondsleitung tätigt keine Effektenleihe-Geschäfte.

### **§ 11 Pensionsgeschäfte**

Die Fondsleitung tätigt keine Pensionsgeschäfte.

### **§ 12 Derivate (Commitment-Ansatz I)**

1. Die Fondsleitung darf Derivate im Hinblick auf eine effiziente Verwaltung der Vermögen der Teilvermögen einsetzen. Sie sorgt dafür, dass der Einsatz von Derivaten in seiner ökonomischen Wirkung auch unter ausserordentlichen Marktverhältnissen nicht zu einer Abweichung von den in diesem Fondsvertrag genannten Anlagezielen bzw. zu einer Veränderung des Anlagecharakters der Teilvermögen führt. Zudem müssen die den Derivaten zu Grunde liegenden Basiswerte nach diesem Fondsvertrag für das entsprechende Teilvermögen als Anlagen zulässig sein.

Im Zusammenhang mit kollektiven Kapitalanlagen dürfen Derivate nur zum Zwecke der Währungsabsicherung eingesetzt werden. Vorbehalten bleibt die Absicherung von Markt-, Zins- und Kreditrisiken bei kollektiven Kapitalanlagen, sofern die Risiken eindeutig bestimmbar und messbar sind.

2. Aufgrund des vorgesehenen Einsatzes der Derivate qualifizieren die Teilvermögen als "einfache Anlagefonds". Bei der Risikomessung gelangt der Commitment-Ansatz I zur Anwendung. Der Einsatz der Derivate übt somit weder eine Hebelwirkung auf das Fondsvermögen aus noch entspricht dieser einem Leerverkauf. Die Fondsleitung muss jederzeit in der Lage sein, die mit Derivaten verbundenen Lieferung- und Zahlungsverpflichtungen nach Massgabe der Kollektivanlagengesetzgebung aus dem Vermögen des entsprechenden Teilvermögens zu erfüllen.
3. Es dürfen nur Derivat-Grundformen verwendet werden. Diese umfassen:
  - a) Call- oder Put-Optionen, deren Wert bei Verfall linear von der positiven oder negativen Differenz zwischen dem Verkehrswert des Basiswerts und dem Ausübungspreis abhängt und null wird, wenn die Differenz das andere Vorzeichen hat;
  - b) Credit Default Swaps (CDS);
  - c) Swaps, deren Zahlungen linear und pfadunabhängig vom Wert des Basiswertes oder einem absoluten Betrag abhängen;
  - d) Termingeschäfte (Futures und Forwards), deren Wert linear vom Wert des Basiswertes abhängt.
4. Der Einsatz von Derivaten ist in seiner ökonomischen Wirkung entweder einem Verkauf (engagementreduzierendes Derivat) oder einem Kauf (engagementerhöhendes Derivat) eines Basiswertes ähnlich.
5.
  - a) Bei engagementreduzierenden Derivaten müssen die eingegangenen Verpflichtungen unter Vorbehalt von Bst. b und d dauernd durch die dem Derivat zu Grunde liegenden Basiswerte gedeckt sein.

- b) Eine Deckung mit anderen Anlagen als den Basiswerten ist bei engagementreduzierenden Derivaten zulässig, die auf einen Index lauten, welcher
    - von einer externen, unabhängigen Stelle berechnet wird;
    - für die als Deckung dienenden Anlagen repräsentativ ist;
    - in einer adäquaten Korrelation zu diesen Anlagen steht.
  - c) Die Fondsleitung muss jederzeit uneingeschränkt über die Basiswerte oder Anlagen verfügen können. Basiswerte oder Anlagen können gleichzeitig als Deckung für mehrere engagementreduzierende Derivate herangezogen werden, wenn diese ein Markt-, ein Kredit- oder ein Währungsrisiko beinhalten und sich auf die gleichen Basiswerte beziehen.
  - d) Ein engagementreduzierendes Derivat kann bei der Berechnung der entsprechenden Basiswerte mit dem "Delta" gewichtet werden.
6. Bei engagementerhöhenden Derivaten muss das Basiswertäquivalent einer Derivatposition dauernd durch geldnahe Mittel gedeckt sein. Das Basiswertäquivalent berechnet sich bei Futures, Forwards und Swaps mit dem Produkt aus der Anzahl Kontrakte und dem Kontraktwert, bei Optionen mit dem Produkt aus der Anzahl Kontrakte, dem Kontraktwert und dem Delta (sofern ein solches berechnet wird). Geldnahe Mittel können gleichzeitig als Deckung für mehrere engagementerhöhende Derivate herangezogen werden, wenn diese ein Markt- oder ein Kreditrisiko beinhalten und sich auf die gleichen Basiswerte beziehen.
7. Die Fondsleitung kann sowohl standardisierte als auch nicht standardisierte Derivate einsetzen. Sie kann die Geschäfte mit Derivaten an einer Börse, an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt oder OTC (Over-the-Counter) abschliessen.
- 8.
- a) Die Fondsleitung darf OTC-Geschäfte nur mit beaufsichtigten Finanzintermediären abschliessen, welche auf diese Geschäftsarten spezialisiert sind und eine einwandfreie Durchführung des Geschäftes gewährleisten. Handelt es sich bei der Gegenpartei nicht um die Depotbank, hat erstere oder der Garant das von der Kollektivanlagengesetzgebung vorgeschriebene Mindestrating gemäss Art. 33 KKV- FINMA aufzuweisen.
  - b) Ein OTC-Derivat muss täglich zuverlässig und nachvollziehbar bewertet und jederzeit zum Verkehrswert veräusserst, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.
  - c) Ist für ein OTC abgeschlossenes Derivat kein Marktpreis erhältlich, so muss der Preis jederzeit anhand von Bewertungsmodellen, die angemessen und in der Praxis anerkannt sind, aufgrund des Verkehrswerts der Basiswerte nachvollziehbar sein. Darüber hinaus müssen vor einem Abschluss konkrete Offerten von mindestens zwei möglichen Gegenparteien eingeholt und muss unter Berücksichtigung des Preises, der Bonität, der Risikoverteilung und des Dienstleistungsangebots der Gegenparteien das vorteilhafteste Angebot akzeptiert werden. Der Abschluss und die Preisbestimmung sind nachvollziehbar zu dokumentieren.
9. Bei der Einhaltung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen (Maximal- und Minimallimiten) sind die Derivate nach Massgabe der Kollektivanlagengesetzgebung zu berücksichtigen.

## **§ 13 Aufnahme und Gewährung von Krediten**

1. Die Fondsleitung darf für Rechnung der Teilvermögen keine Kredite gewähren.
2. Die Fondsleitung darf für höchstens 10% des Nettovermögens der Teilvermögen vorübergehend Kredite aufnehmen.

## **§ 14 Belastung des Vermögens der Teilvermögen**

1. Die Fondsleitung darf zulasten jedes Teilvermögens nicht mehr als 25% des Nettovermögens verpfänden oder zur Sicherung übereignen.
2. Die Belastung des Vermögens der Teilvermögen mit Bürgschaften ist nicht gestattet.  
Ein engagementerhöhendes Kreditderivat gilt nicht als Bürgschaft im Sinne dieses Paragraphen.

## **C Anlagebeschränkungen**

### **§ 15 Risikoverteilung für die Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA, EQUITY INTERNATIONAL, EQUITY RESPONSIBLE INVEST und INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS**

1. In die Risikoverteilungsvorschriften gemäss diesem Paragraphen sind einzubeziehen:
  - a) Anlagen gemäss § 8, mit Ausnahme der indexbasierten Derivate und Indexfonds, sofern der Index hinreichend diversifiziert ist und für den Markt, auf den er sich bezieht, repräsentativ ist und in angemessener Weise veröffentlicht wird ;
  - b) flüssige Mittel gemäss § 9;
  - c) Forderungen gegen Gegenparteien aus OTC-Geschäften.
2. Gesellschaften, die aufgrund internationaler Rechnungsvorschriften einen Konzern bilden, gelten als ein einziger Emittent.
3. Die Fondsleitung darf einschliesslich der Derivate und strukturierten Produkte höchstens 15% des Vermögens eines Teilvermögens in Effekten und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten anlegen. Der Gesamtwert der Effekten und Geldmarktinstrumente der Emittenten, bei welchen mehr als 5% des Vermögens eines Teilvermögens angelegt sind, darf 60% des Vermögens eines Teilvermögens nicht übersteigen. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen von Ziff. 4 und 5.
4. Die Fondsleitung darf höchstens 15% des Vermögens eines Teilvermögens in Guthaben auf Sicht und auf Zeit bei derselben Bank anlegen. In diese Limite sind sowohl die flüssigen Mittel gemäss § 9 als auch die Anlagen in Bankguthaben gemäss § 8 einzubeziehen.
5. Die Fondsleitung darf höchstens 5% des Vermögens eines Teilvermögens in OTC-Geschäften bei derselben Gegenpartei anlegen. Ist die Gegenpartei eine Bank oder Effektenhändlerin, die ihren Sitz in der Schweiz oder in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat oder in einem anderen Staat, in welchem sie einer Aufsicht untersteht, die derjenigen in der Schweiz gleichwertig ist, so erhöht sich diese Limite auf 10% des Vermögens des entsprechenden Teilvermögens.  
Werden die Forderungen aus OTC-Geschäften durch Sicherheiten in Form von liquiden Aktiven gemäss der massgebenden Bestimmung der Liquiditätsverordnung abgesichert, so werden diese Forderungen bei der Berechnung des Gegenparteirisikos nicht berücksichtigt.
6. Anlagen, Guthaben und Forderungen gemäss den vorstehenden Ziff. 3 bis 5 desselben Emittenten bzw. Schuldners dürfen insgesamt 15% des Vermögens des entsprechenden Teilvermögens nicht übersteigen.
7. Anlagen gemäss der vorstehenden Ziff. 3 derselben Unternehmensgruppe dürfen insgesamt 15% des Vermögens eines Teilvermögens nicht übersteigen.
8. Die Fondsleitung darf höchstens 20% des Vermögens eines Teilvermögens in Anteilen desselben Zielfonds anlegen.

9. Die Fondsleitung darf keine Beteiligungsrechte erwerben, die insgesamt mehr als 10% der Stimmrechte ausmachen oder die es ihr erlauben, einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsleitung eines Emittenten auszuüben.
  10. Die Fondsleitung darf für das Vermögen eines Teilvermögens höchstens je 10% der stimmberechtigten Beteiligungswertpapiere, der Schuldverschreibungen und/oder der Geldmarktinstrumente desselben Emittenten sowie höchstens 25% der Anteile einer anderen kollektiven Kapitalanlage erwerben.
- Diese Beschränkungen gelten nicht, wenn sich im Zeitpunkt des Erwerbs der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen, der Geldmarktinstrumente oder der Anteile einer anderen kollektiven Kapitalanlage nicht berechnen lässt.
11. Die Beschränkungen der vorstehenden Ziff. 9 und 10 sind nicht anwendbar auf Effekten und Geldmarktinstrumente, die von einem Staat oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft aus der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen die Schweiz oder ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden.
  12. Für das Teilvermögen INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS gilt zudem Folgendes:
  - 12.1 Die Fondsleitung darf in Abweichung von Ziff. 3, 6 und 7 oben höchstens 20% des Vermögens des Teilvermögens in Anteilen derselben Immobiliengesellschaft anlegen.
  - 12.2 In Immobiliengesellschaften bzw. Immobilienfonds, welche eine hypothekarische Belastung von mehr als 60% des Gesamtwertes aufweisen, dürfen zusammen maximal 20% des Vermögens des Teilvermögens angelegt werden.

## **IV Berechnung des Nettoinventarwertes sowie Ausgabe und Rücknahme von Anteilen**

### **§ 16 Berechnung des Bewertungs-Nettoinventarwertes und des modifizierten Nettoinventarwertes im Zusammenhang mit der Anwendung der "Swinging Single Pricing"-Methode bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen**

1. Der Bewertungs-Nettoinventarwert jedes Teilvermögens und der Anteil der einzelnen Klassen (Quoten) wird zum Verkehrswert auf Ende des Rechnungsjahres sowie für jeden Tag, an dem Anteile ausgegeben oder zurückgenommen werden, in der Rechnungseinheit des entsprechenden Teilvermögens gemäss § 20 Ziff. 1 berechnet. Für Tage, an welchen die Börsen bzw. Märkte in den Hauptanlageländern eines Teilvermögens geschlossen sind (z.B. Banken- und Börsenfeiertage), findet keine Berechnung des Vermögens des entsprechenden Teilvermögens statt.
2. An einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelte Anlagen sind mit den am Hauptmarkt bezahlten aktuellen Kursen zu bewerten. Andere Anlagen oder Anlagen, für die keine aktuellen Kurse verfügbar sind, sind mit dem Preis zu bewerten, der bei sorgfältigem Verkauf im Zeitpunkt der Schätzung wahrscheinlich erzielt würde. Die Fondsleitung wendet in diesem Fall zur Ermittlung des Verkehrswertes angemessene und in der Praxis anerkannte Bewertungsmodelle und -grundsätze an.
3. Offene kollektive Kapitalanlagen werden mit ihrem Rücknahmepreis bzw. Nettoinventarwert bewertet. Werden sie regelmäßig an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt, so kann die Fondsleitung diese gemäss Ziff. 2 bewerten.
4. Der Wert von Geldmarktinstrumenten, welche nicht an einer Börse oder an einem anderen geregelten, dem Publikum offen stehenden Markt gehandelt werden, wird wie folgt bestimmt: Der Bewertungspreis solcher Anlagen wird, ausgehend vom Nettoerwerbspreis, unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite, sukzessiv dem Rückzahlungs-

preis angeglichen. Bei wesentlichen Änderungen der Marktbedingungen wird die Bewertungsgrundlage der einzelnen Anlagen der neuen Marktrendite angepasst. Dabei wird bei fehlendem aktuellem Marktpreis in der Regel auf die Bewertung von Geldmarktinstrumenten mit gleichen Merkmalen (Qualität und Sitz des Emittenten, Ausgabewährung, Laufzeit) abgestellt.

5. Bankguthaben werden mit ihrem Forderungsbetrag plus aufgelaufene Zinsen bewertet. Bei wesentlichen Änderungen der Marktbedingungen oder der Bonität wird die Bewertungsgrundlage für Bankguthaben auf Zeit den neuen Verhältnissen angepasst.
6. Der Bewertungs-Nettoinventarwert eines Anteils einer Klasse eines Teilvermögens ergibt sich aus der der betreffenden Anteilkategorie am Verkehrswert des Vermögens dieses Teilvermögens zukommenden Quote, vermindert um allfällige Verbindlichkeiten dieses Teilvermögens die der betreffenden Anteilkategorie zugeteilt sind, dividiert durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile der entsprechenden Klasse. Er wird mathematisch auf 0.01 der Rechnungseinheit der jeweiligen Anteilkategorie gerundet.
7. Falls an einem Auftragstag die Summe der Zeichnungen und Rücknahmen in bar des jeweiligen Teilvermögens zu einem Nettovermögenszufluss bzw. -abfluss führt, wird der Bewertungs-Nettoinventarwert des Teilvermögens erhöht bzw. reduziert (Swinging Single Pricing). Die maximale Anpassung beläuft sich auf 1% des Bewertungs-Nettoinventarwertes. Berücksichtigt werden die Nebenkosten (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.), die im Durchschnitt aus der Anlage des einbezahlten Betrages bzw. aus dem Verkauf eines dem gekündigten Anteil entsprechenden Teils der Anlagen erwachsen. Die Anpassung führt zu einer Erhöhung des Bewertungs-Nettoinventarwertes, wenn die Nettobewegungen zu einem Anstieg der Anzahl Anteile des Teilvermögens führen. Die Anpassung resultiert in einer Verminderung des Bewertungs-Nettoinventarwertes, wenn die Nettobewegungen einen Rückgang der Anzahl der Anteile bewirken. Der unter Anwendung des Swinging Single Pricing ermittelte Nettoinventarwert ist somit ein gemäss dem 1. Satz dieser Ziffer modifizierter Nettoinventarwert.  
Der bei den Zeichnungen bzw. Rücknahmen in bar anfallende Zu- bzw. Abschlag zum Bewertungs-Nettoinventarwert bei den Transaktionskosten erfolgt jeweils pauschal bezogen auf einen Durchschnittswert aus einer im Anhang (Ziff. 7.6) näher definierten Periode.
8. Die Quoten am Verkehrswert des Nettovermögens eines Teilvermögens (Vermögen eines Teilvermögens abzüglich der Verbindlichkeiten), welche den jeweiligen Anteilkategorien zuzurechnen sind, werden erstmals bei der Erstausgabe mehrerer Anteilkategorien (wenn diese gleichzeitig erfolgt) oder der Erstausgabe einer weiteren Anteilkategorie auf der Basis der dem entsprechenden Teilvermögen für jede Anteilkategorie zufließenden Betreffnisse bestimmt. Die Quote wird bei folgenden Ereignissen jeweils neu berechnet:
  - a) bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen;
  - b) auf den Stichtag von Ausschüttungen, sofern (i) solche Ausschüttungen nur auf einzelnen Anteilkategorien (Ausschüttungskategorien) anfallen oder sofern (ii) die Ausschüttungen der verschiedenen Anteilkategorien in Prozenten ihres jeweiligen Nettoinventarwertes unterschiedlich ausfallen oder sofern (iii) auf den Ausschüttungen der verschiedenen Anteilkategorien in Prozenten der Ausschüttung unterschiedliche Kommissions- oder Kostenbelastungen anfallen;
  - c) bei der Inventarwertberechnung, im Rahmen der Zuweisung von Verbindlichkeiten (einschließlich der fälligen oder aufgelaufenen Kosten und Kommissionen) an die verschiedenen Anteilkategorien, sofern die Verbindlichkeiten der verschiedenen Anteilkategorien in Prozenten ihres jeweiligen Nettoinventarwertes unterschiedlich ausfallen, namentlich, wenn (i) für die verschiedenen Anteilkategorien unterschiedliche Kommissionssätze zur Anwendung gelangen oder wenn (ii) klassenspezifische Kostenbelastungen erfolgen;

- d) bei der Inventarwertberechnung, im Rahmen der Zuweisung von Erträgen oder Kapitalerträgen an die verschiedenen Anteilsklassen, sofern die Erträge oder Kapitalerträge aus Transaktionen anfallen, die nur im Interesse einer Anteilsklasse oder im Interesse mehrerer Anteilsklassen, nicht jedoch proportional zu deren Quote am Nettovermögen eines Teilvermögens, getätigt wurden.

## **§ 17 Ausgabe und Rücknahme von Anteilen**

1. Zeichnungs- und Rücknahmeanträge für Anteile der Teilvermögen werden am Auftragstag bis zu einem bestimmten im Anhang (Ziff. 7.5) genannten Zeitpunkt entgegengenommen. Der für die Ausgabe und Rücknahme massgebende Preis der Anteile wird frühestens am auf den Auftragstag folgenden Bankwerktag (Bewertungstag) ermittelt (Forward Pricing). Die Einzelheiten sind im Anhang (Ziff. 7.5) geregelt.
2. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis der Anteile basiert auf dem am Bewertungstag gestützt auf die Schlusskurse des Vortages gemäss § 16 berechneten Nettoinventarwert je Anteil. Bei der Ausgabe von Anteilen kann zum Nettoinventarwert eine Ausgabekommission gemäss §18 zugeschlagen werden.

Die Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.), die einem Teilvermögen im Durchschnitt aus der Anlage des einbezahlten Betrages bzw. aus dem Verkauf eines dem gekündigten Anteil entsprechenden Teils der Anlagen erwachsen, werden gemäss der "Swinging Single Pricing"-Methode (vgl. § 16 Ziff. 7 des Fondsvertrages) berücksichtigt.

3. Die Fondsleitung kann die Ausgabe der Anteile jederzeit einstellen sowie Anträge auf Zeichnung oder Umtausch von Anteilen zurückweisen.
4. Die Fondsleitung kann im Interesse der Gesamtheit der Anleger die Rückzahlung der Anteile eines Teilvermögens vorübergehend und ausnahmsweise aufschieben, wenn:
  - a) ein Markt, welcher Grundlage für die Bewertung eines wesentlichen Teils des entsprechenden Teilvermögens bildet, geschlossen ist oder der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist;
  - b) ein politischer, wirtschaftlicher, militärischer, monetärer oder anderer Notfall vorliegt;
  - c) wegen Beschränkungen des Devisenverkehrs oder Beschränkungen sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für das Teilvermögen undurchführbar werden;
  - d) zahlreiche Anteile des Teilvermögens gekündigt werden und dadurch die Interessen der übrigen Anleger dieses Teilvermögens wesentlich beeinträchtigen werden können.
5. Die Fondsleitung teilt den Entscheid über den Aufschub unverzüglich der Prüfgesellschaft, der Aufsichtsbehörde sowie in angemessener Weise den Anlegern mit.
6. Solange die Rückzahlung der Anteile eines Teilvermögens aus den unter Ziff. 4 Bst. a bis c genannten Gründen aufgeschoben ist, findet keine Ausgabe von Anteilen dieses Teilvermögens statt.
7. Jeder Anleger kann beantragen, dass er im Falle einer Zeichnung anstelle einer Einzahlung in bar Anlagen an das Fondsvermögen des jeweiligen Teilvermögens leistet („Sacheinlage“ oder „contribution in kind“ genannt) bzw. dass ihm im Falle einer Kündigung anstelle einer Auszahlung in bar Anlagen übertragen werden („Sachauslage“ oder „redemption in kind“). Der Antrag ist zusammen mit der Zeichnung bzw. mit der Kündigung zu stellen. Die Fondsleitung ist nicht verpflichtet, Sachein- und Sachauslagen zuzulassen.

Die Anzahl Anteile, auf die ein Anleger aufgrund seiner Zeichnung durch Sacheinlage bzw. aufgrund seiner Kündigung durch Sachauslage Anspruch hat, wird nicht aufgrund des modifizierten Nettoinventarwertes pro Anteil, sondern aufgrund des Bewertungs-

Nettoinventarwertes pro Anteil für einen bestimmten Bewertungstag ermittelt (vgl. § 16 Ziff. 6 des Fondsvertrages).

Die Fondsleitung entscheidet allein über Sacheinlagen oder Sachauslagen und stimmt solchen Geschäften nur zu, sofern die Ausführung der Transaktionen vollumfänglich im Einklang mit der Anlagepolitik des jeweiligen Teilvermögens steht und die Interessen der übrigen Anleger dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Nach Kündigung des Fondsvertrages durch den Anleger kann die Fondsleitung auch ohne entsprechenden Antrag des Anlegers beschliessen, dem Anleger ganz oder teilweise Anlagen statt einer Barauszahlung zukommen zu lassen, sofern die dadurch entstehenden Kosten und Umtriebe die Interessen der im Teilvermögen verbleibenden Anleger beeinträchtigen würden (beispielsweise wenn der Anleger Anlagen in das Teilvermögen eingebracht hat und relativ kurze Zeit danach die Rücknahme gegen bar verlangt).

Die im Zusammenhang mit einer Sacheinlage oder Sachauslage anfallenden Kosten dürfen nicht dem Fondsvermögen belastet werden.

Die Fondsleitung erstellt bei Sacheinlagen oder Sachauslagen einen Bericht, der Angaben zu den einzelnen übertragenen Anlagen, dem Kurswert dieser Anlagen am Stichtag der Übertragung, die Anzahl der als Gegenleistung ausgegebenen oder zurückgenommenen Anteile und einen allfälligen Spitzenausgleich in bar enthält. Die Depotbank prüft bei jeder Sacheinlage oder Sachauslage die Einhaltung der Treuepflicht durch die Fondsleitung sowie die Bewertung der übertragenen Anlagen und der ausgegebenen bzw. zurückgenommenen Anteile, bezogen auf den massgeblichen Stichtag. Die Depotbank meldet Vorbehalte oder Beanstandungen unverzüglich der Prüfgesellschaft.

Sacheinlage- und Sachauslagetransaktionen sind im Jahresbericht zu nennen.

## V Vergütungen und Nebenkosten

### § 18 Vergütungen und Nebenkosten zulasten der Anleger

1. Bei der Ausgabe von Anteilen kann dem Anleger eine Ausgabekommission zugunsten der Fondsleitung, der Depotbank und / oder von Vertriebsträgern belastet werden, welche bei Zeichnungen in bar zusammen höchstens 2% des gemäss § 16 Ziff. 7 modifizierten Nettoinventarwertes der Anteile bzw. bei Einzahlungen in Anlagen zusammen höchstens 2% des gemäss § 16 Ziff. 6 berechneten Bewertungs-Nettoinventarwertes betragen darf.
2. Bei der Rücknahme von Anteilen wird dem Anleger keine Rücknahmekommission belastet.
3. Bei der Konversion von Anteilen (Umtausch von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse innerhalb eines bestimmten Teilvermögens) wird keine Ausgabekommission erhoben.
4. Für die Auszahlung des Liquidationsbetriffnisses im Falle der Auflösung des Umbrella-Fonds oder eines Teilvermögens wird dem Anleger keine Kommission belastet.
5. Die Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.), die einem Teilvermögen im Durchschnitt aus der Anlage des einbezahnten Betrages bzw. aus dem Verkauf eines dem gekündigten Anteil entsprechenden Teils der Anlagen erwachsen, werden gemäss der "Swinging Single Pricing"-Methode (vgl. § 16 Ziff. 7 des Fondsvertrages) berücksichtigt.

## **§ 19 Vergütungen und Nebenkosten zulasten des Vermögens der Teilvermögen**

1. Für die Leitung, das Asset Management und, sofern entschädigt, den Vertrieb des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen und alle Aufgaben der Depotbank wie die Aufbewahrung des Fondsvermögens, die Besorgung des Zahlungsverkehrs und die sonstigen in § 4 aufgeführten Aufgaben stellt die Fondsleitung zulasten der Teilvermögen eine Pauschalcommission in Rechnung.
  - Für das Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA gilt Folgendes: Klassen AST und AST Region jährlich maximal 1%, Klasse AST BVG jährlich maximal 1.60% und Klasse AST BVGFZ jährlich maximal 2% und Klasse P jährlich maximal 0.90% des der jeweiligen Anteilsklasse zugeordneten Teils des Bewertungs-Nettoinventarwertes des Teilvermögens.
  - Für das Teilvermögen EQUITY INTERNATIONAL gilt Folgendes: Klasse AST jährlich maximal 1%, Klasse AST BVG jährlich maximal 1.60%, Klasse AST BVGFZ jährlich maximal 2% und Klasse P jährlich maximal 0.90% des der jeweiligen Anteilsklasse zugeordneten Teils des Bewertungs-Nettoinventarwertes des Teilvermögens.
  - Für das Teilvermögen EQUITY RESPONSIBLE INVEST gilt Folgendes: Klasse AST jährlich maximal 1.60% und Klasse P jährlich maximal 1.50% des der jeweiligen Anteilsklasse zugeordneten Teils des Bewertungs-Nettoinventarwertes des Teilvermögens.
  - Für das Teilvermögen INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS gilt Folgendes: Klasse AST jährlich maximal 1% und Klasse P jährlich maximal 0.90% des der Anteilsklasse zugeordneten Teils des Bewertungs-Nettoinventarwertes des Teilvermögens.

Diese pauschale Verwaltungskommission wird pro rata temporis bei jeder Berechnung des Bewertungs-Nettoinventarwertes dem Vermögen des entsprechenden Teilvermögens belastet und jeweils am Ende eines Monats ausbezahlt (pauschale Verwaltungskommission). Der effektiv angewandte Satz der pauschalen Verwaltungskommission je Teilvermögen ist jeweils aus dem Jahresbericht ersichtlich.

Bei der Klasse N wird keine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben. Die effektive Höhe der Entschädigung der Fondsleitung für die Leitung, das Asset Management und, sofern entschädigt, den Vertrieb des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen und alle Aufgaben der Depotbank wie die Aufbewahrung des Fondsvermögens, die Besorgung des Zahlungsverkehrs und die sonstigen in § 4 aufgeführten Aufgaben wird im Rahmen des in Ziff. 1.2, Bst. a des Anhangs genannten Dienstleistungsvertrages festgelegt.

Zusätzlich können auf Stufe von anderen kollektiven Kapitalanlagen, in welche das Vermögen der Teilvermögen angelegt werden kann, Kosten und Gebühren anfallen.

Die Fondsleitung legt im Anhang zu diesem Fondsvertrag offen, wenn sie für die Erbringung von Dienstleistungen bei der Ausübung des Fondsgeschäftes Vergütungen an Dritte gewähren kann und für welche Arten von Dienstleistungen die Vergütungen gewährt werden können.

Im Anhang zu diesem Fondsvertrag wird auch offengelegt, ob und unter welchen Voraussetzungen Anlegern Rabatte gewährt werden können.

2. Nicht in der pauschalen Verwaltungskommission enthalten sind die folgenden Vergütungen und Nebenkosten, welche zusätzlich dem Fondsvermögen belastet werden:
  - a) Kosten für den An- und Verkauf von Anlagen, namentlich marktübliche Courtagen, Geld/Brief-Spannen, Kommissionen, Steuern und Abgaben;

- b) alle Kosten, die durch die Ergreifung ausserordentlicher Schritte zur Wahrung der Anlegerinteressen durch die Fondsleitung, den Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen oder die Depotbank verursacht werden.
3. Erwirbt die Fondsleitung Anteile anderer kollektiver Kapitalanlagen, die unmittelbar oder mittelbar von ihr selbst oder von einer Gesellschaft verwaltet werden, mit der sie durch gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist ("verbundene Zielfonds"), so darf im Umfang von solchen Anlagen dem Vermögen der Teilvermögen nur eine reduzierte pauschale Verwaltungskommission von jährlich maximal 0.25% belastet werden. Die Fondsleitung darf überdies allfällige Ausgabe- oder Rücknahmekommissionen der verbundenen Zielfonds nicht den Teilvermögen belasten.
- Legt die Fondsleitung in Anteile eines verbundenen Zielfonds gemäss obigem Absatz an, welcher eine tiefere effektive (pauschale) Verwaltungskommission aufweist als die effektive pauschale Verwaltungskommission gemäss Ziff. 1, so darf die Fondsleitung anstelle der vorerwähnten, reduzierten pauschalen Verwaltungskommission auf dem in diesen verbundenen Zielfonds investierten Vermögen die Differenz zwischen der effektiven pauschalen Verwaltungskommission der jeweiligen Anteilsklasse des investierenden Teilvermögens einerseits und der effektiven (pauschalen) Verwaltungskommission des verbundenen Zielfonds andererseits belasten.
4. Das Vermögen von Teilvermögen bei denen ein wesentlicher Teil des Fondsvermögens in andere kollektive Kapitalanlagen investiert werden kann, darf nur in andere kollektive Kapitalanlagen (Zielfonds; ausgenommen REITs) investiert werden, welche unter Berücksichtigung von allfälligen Rabatten eine Verwaltungskommission von jeweils höchstens 4.00% aufweisen. Vorbehältlich von Ziff. 3 vorstehend können die auf Stufe der Zielfonds anfallenden Verwaltungskommissionen zusätzlich zu der in Ziff. 1 vorstehend erwähnten maximalen Höhe der Verwaltungskommission, welche auf Stufe des investierenden Teilvermögens selbst erhoben werden kann, anfallen.
5. Vergütungen dürfen nur denjenigen Teilvermögen bzw. Anteilsklassen belastet werden, denen eine bestimmte Leistung zukommt. Kosten, die nicht eindeutig einem Teilvermögen bzw. einer Anteilsklasse zugeordnet werden können, werden den einzelnen Teilvermögen bzw. Anteilsklassen im Verhältnis zu ihrem Vermögen belastet.

## **VI Weitere Bestimmungen**

### **§ 20 Rechenschaftsablage**

1. Die Rechnungseinheit aller Teilvermögen ist der Schweizer Franken (CHF).
2. Das Rechnungsjahr läuft jeweils vom 1. Juni bis 31. Mai.
3. Innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres veröffentlicht die Fondsleitung einen geprüften Jahresbericht des Umbrella- Fonds bzw. der Teilvermögen.
4. Das Auskunftsrecht der Anleger gemäss § 5 Ziff. 5 bleibt vorbehalten.
5. Die Fondsleitung kann für jedes Teilvermögen separate Jahresberichte veröffentlichen.

### **§ 21 Prüfung**

Die Prüfgesellschaft prüft, ob die Fondsleitung und die Depotbank die gesetzlichen und vertraglichen Vorschriften wie auch die Standesregeln der Swiss Funds & Asset Management Association SFAMA eingehalten haben. Ein Kurzbericht der Prüfgesellschaft zur publizierten Jahresrechnung erscheint im Jahresbericht.

## **§ 22 Verwendung des Erfolges**

1. Die Erträge der Anteilklassen AST, AST BVG, AST BVGFZ, AST Region, N und P werden thesauriert (vgl. Ziff. 2 nachstehend).
2. Der einer Anteilkasse zugewiesene Anteil des Nettoertrages des jeweiligen Teilvermögens wird dem Fondsvermögen jährlich zur Wiederanlage hinzugefügt. Vorbehalten bleiben allfällige auf der Wiederanlage erhobene Steuern und Abgaben.

Beträgt der Nettoertrag eines Rechnungsjahres inklusive vorgetragene Erträge aus früheren Rechnungsjahren weniger als 1% des Nettovermögens eines Teilvermögens bzw. einer Anteilkasse und pro Anteil weniger als eine Einheit der Rechnungseinheit des jeweiligen Teilvermögens bzw. der jeweiligen Anteilkasse, so kann auf eine Wiederanlage für Steuerzwecke verzichtet und der Nettoertrag des Rechnungsjahres inklusive vorgetragene Erträge aus früheren Rechnungsjahren auf das Konto Gewinnvortrag verbucht werden.
3. Realisierte Kapitalgewinne aus der Veräußerung von Sachen und Rechten können von der Fondsleitung ausgeschüttet oder zur Wiederanlage zurückbehalten werden.

## **§ 23 Publikationen des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen**

1. Publikationsorgan des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen ist das im Anhang (Ziff. 7.9) genannte elektronische Medium. Der Wechsel des Publikationsorgans ist im Publikationsorgan anzugeben.
2. Im Publikationsorgan werden insbesondere Zusammenfassungen wesentlicher Änderungen des Fondsvertrages unter Hinweis auf die Stellen, bei denen die Änderungen im Wortlaut kostenlos bezogen werden können, der Wechsel der Fondsleitung und/oder der Depotbank, die Schaffung, Aufhebung oder Vereinigung von Anteilklassen sowie die Auflösung einzelner Teilvermögen veröffentlicht. Änderungen, die von Gesetzes wegen erforderlich sind, welche die Rechte der Anleger nicht berühren oder die ausschliesslich formeller Natur sind, können mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde von der Publikationspflicht ausgenommen werden.
3. Der Fondsvertrag und die jeweiligen Jahresberichte können bei der Fondsleitung, der Depotbank und bei allen Vertriebsträgern kostenlos bezogen werden.

## **VII Umstrukturierung und Auflösung**

### **§ 24 Vereinigung**

1. Die Fondsleitung kann mit Zustimmung der Depotbank einzelne Teilvermögen mit anderen Teilvermögen oder mit anderen Anlagefonds vereinigen, indem sie auf den Zeitpunkt der Vereinigung die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des bzw. der zu übertragenden Teilvermögen bzw. Anlagefonds auf das übernehmende Teilvermögen bzw. den übernehmenden Anlagefonds überträgt. Die Anleger des übertragenden Teilvermögens bzw. Anlagefonds erhalten Anteile am übernehmenden Teilvermögen bzw. Anlagefonds in entsprechender Höhe. Auf den Zeitpunkt der Vereinigung wird das übertragende Teilvermögen bzw. der übertragende Anlagefonds ohne Liquidation aufgelöst und der Fondsvertrag des übernehmenden Teilvermögens bzw. Anlagefonds gilt auch für das übertragende Teilvermögen bzw. den übertragenden Anlagefonds.
2. Teilvermögen bzw. Anlagefonds können nur vereinigt werden, sofern:
  - a) die entsprechenden Fondsverträge dies vorsehen;
  - b) sie von der gleichen Fondsleitung verwaltet werden;

- c) die entsprechenden Fondsverträge bezüglich folgender Bestimmungen grundsätzlich übereinstimmen:
- die Anlagepolitik, die Anlagetechniken, die Risikoverteilung sowie die mit der Anlage verbundenen Risiken,
  - die Verwendung des Nettoertrages und der Kapitalgewinne aus der Veräußerung von Sachen und Rechten,
  - die Art, die Höhe und die Berechnung aller Vergütungen, die Ausgabe- und Rücknahmekommissionen sowie die Nebenkosten für den An- und Verkauf von Anlagen (Courtagen, Gebühren, Abgaben), die dem Fondsvermögen bzw. dem Vermögen des Teilvermögens oder den Anlegern belastet werden dürfen,
  - die Rücknahmebedingungen,
  - die Laufzeit des Vertrages und die Voraussetzungen der Auflösung;
- d) am gleichen Tag die Vermögen der beteiligten Teilvermögen bzw. Anlagefonds bewertet, das Umtauschverhältnis aufgrund des Bewertungs-Nettoinventarwertes berechnet und die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten übernommen werden;
- e) weder den Teilvermögen bzw. Anlagefonds noch den Anlegern daraus Kosten erwachsen.
3. Wenn die Vereinigung voraussichtlich mehr als einen Tag in Anspruch nimmt, kann die Aufsichtsbehörde einen befristeten Aufschub der Rückzahlung der Anteile der beteiligten Teilvermögen bzw. Anlagefonds bewilligen.
4. Die Fondsleitung legt mindestens einen Monat vor der geplanten Veröffentlichung bzw. schriftlichen Mitteilung an die Anleger die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages sowie die beabsichtigte Vereinigung zusammen mit dem Vereinigungsplan der Aufsichtsbehörde zur Überprüfung vor. Der Vereinigungsplan enthält Angaben zu den Gründen der Vereinigung, zur Anlagepolitik der beteiligten Teilvermögen bzw. Anlagefonds und den allfälligen Unterschieden zwischen dem übernehmenden und dem übertragenden Teilvermögen bzw. Anlagefonds, zur Berechnung des Umtauschverhältnisses, zu allfälligen Unterschieden in den Vergütungen, zu allfälligen Steuerfolgen für die Teilvermögen bzw. Anlagefonds sowie die Stellungnahme der zuständigen kollektivanlagerechtlichen Prüfgesellschaft.
5. Die Fondsleitung publiziert die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages gemäss § 23 Ziff. 2 sowie die beabsichtigte Vereinigung und deren Zeitpunkt zusammen mit dem Vereinigungsplan mindestens zwei Monate vor dem von ihr festgelegten Stichtag im Publikationsorgan der beteiligten Teilvermögen bzw. Anlagefonds. Dabei weist sie die Anleger darauf hin, dass diese bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen nach der letzten Publikation Einwendungen gegen die beabsichtigten Änderungen des Fondsvertrages erheben oder in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Fondsvertrages die Rückzahlung ihrer Anteile in bar verlangen können.
6. Die Prüfgesellschaft überprüft unmittelbar die ordnungsgemässe Durchführung der Vereinigung und äussert sich dazu in einem Bericht zuhanden der Fondsleitung und der Aufsichtsbehörde.
7. Die Fondsleitung meldet der Aufsichtsbehörde den Abschluss der Vereinigung und publiziert den Vollzug der Vereinigung, die Bestätigung der Prüfgesellschaft zur ordnungsgemäsen Durchführung sowie das Umtauschverhältnis ohne Verzug in den Publikationsorganen der beteiligten Teilvermögen bzw. Anlagefonds.
8. Die Fondsleitung erwähnt die Vereinigung im nächsten Jahresbericht des übernehmenden Teilvermögens bzw. Anlagefonds. Für das übertragende Teilvermögen bzw. den übertragenden Anlagefonds ist ein geprüfter Abschlussbericht zu erstellen, falls die Vereinigung nicht auf den ordentlichen Jahresabschluss fällt.

## **§ 25 Laufzeit des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen und Auflösung**

1. Der Umbrella-Fonds und die einzelnen Teilvermögen bestehen auf unbestimmte Zeit.
2. Die Fondsleitung oder die Depotbank können jederzeit die Auflösung einzelner Teilvermögen durch fristlose Kündigung des Fondsvertrages herbeiführen.
3. Die einzelnen Teilvermögen können durch Verfügung der Aufsichtsbehörde aufgelöst werden, insbesondere wenn ein Teilvermögen spätestens ein Jahr nach Ablauf der Zeichnungsfrist (Lancierung) oder einer längeren, durch die Aufsichtsbehörde auf Antrag der Depotbank und der Fondsleitung erstreckten Frist nicht über ein Nettovermögen von mindestens 5 Millionen Schweizer Franken (oder Gegenwert) verfügt.
4. Die Fondsleitung gibt der Aufsichtsbehörde die Auflösung unverzüglich bekannt und veröffentlicht sie im Publikationsorgan.
5. Nach erfolgter Kündigung des Fondsvertrages darf die Fondsleitung die betroffenen Teilvermögen unverzüglich liquidieren. Hat die Aufsichtsbehörde die Auflösung eines Teilvermögens verfügt, so muss dieses unverzüglich liquidiert werden. Die Auszahlung des Liquidationserlöses an die Anleger ist der Depotbank übertragen. Sollte die Liquidation längere Zeit beanspruchen, kann der Erlös in Teilbeträgen ausbezahlt werden. Vor der Schlusszahlung muss die Fondsleitung die Bewilligung der Aufsichtsbehörde einholen.

## **§ 26 Änderung des Fondsvertrages**

Soll der vorliegende Fondsvertrag geändert werden, oder besteht die Absicht, Anteilklassen zu vereinigen oder die Fondsleitung oder die Depotbank zu wechseln, so hat der Anleger die Möglichkeit, bei der Aufsichtsbehörde innert 30 Tagen nach der letzten Publikation Einwendungen zu erheben. In den Publikationen informiert die Fondsleitung die Anleger darüber, auf welche Fondsvertragsänderungen sich die Prüfung und die Feststellung der Gesetzeskonformität durch die FINMA erstrecken. Bei einer Änderung des Fondsvertrages inkl. Vereinigung von Anteilklassen können die Anleger überdies unter Beachtung der vertraglichen Frist die Auszahlung ihrer Anteile verlangen. Vorbehalten bleiben die Fälle gemäss § 23 Ziff. 2 Satz 2, welche mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde von der Publikationspflicht ausgenommen sind.

## **§ 27 Anwendbares Recht, Gerichtsstand**

1. Der Umbrella-Fonds und die einzelnen Teilvermögen unterstehen schweizerischem Recht, insbesondere dem Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen vom 23. Juni 2006, der Verordnung über die kollektiven Kapitalanlagen vom 22. November 2006 sowie der Verordnung der FINMA über die kollektiven Kapitalanlagen vom 21. Dezember 2006.

Der Gerichtsstand ist der Sitz der Fondsleitung.

2. Für die Auslegung des Fondsvertrages ist die deutschsprachige Fassung massgebend.
3. Der vorliegende Fondsvertrag tritt in Kraft am 31. März 2015.
4. Der vorliegende Fondsvertrag ersetzt den Fondsvertrag vom 30. Januar 2014.
5. Bei der Genehmigung des Fondsvertrags prüft die FINMA ausschliesslich die Bestimmungen nach Art. 35a Abs. 1 Bst. a–g KKV und stellt deren Gesetzeskonformität fest.
6. Der vorliegende Fondsvertrag wurde durch die Aufsichtsbehörde genehmigt am 20. März 2015.

**Die Fondsleitung: Swisscanto Asset Management AG, Bern**

**Die Depotbank: Zürcher Kantonalbank, Zürich**

# **SWISSCANTO (CH) INSTITUTIONAL FUND SÄULE 2**

## **ANHANG**

**März 2015**

### **Ergänzende Angaben zum Fondsvertrag**

#### **1. Informationen betreffend die Anteilklassen**

##### **1.1 Allgemeines**

Die Anteilklassen stellen keine segmentierten Vermögen dar. Entsprechend kann nicht ausgeschlossen werden, dass eine Anteilkasse für Verbindlichkeiten einer anderen Anteilkasse haftet, auch wenn Kosten grundsätzlich nur derjenigen Anteilkasse belastet werden, der eine bestimmte Leistung zukommt.

##### **1.2 Anteilkasse N**

Die Anteilkasse N wird ausschliesslich beim Teilvermögen EQUITY RESPONSIBLE INVEST angeboten.

Anteile der Klasse N werden nur qualifizierten Anleger gemäss § 5 Ziff. 1 des Fondsvertrages angeboten, welche folgende zwei Voraussetzungen erfüllen:

- a) Die Anleger haben einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag, einen schriftlichen Beratungsvertrag, einen schriftlichen Investitionsvertrag oder einen anderen schriftlichen Dienstleistungsvertrag mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe oder mit einer Bank abgeschlossen.
- b) Die Anleger (i) zeichnen Anteile der Klasse N von kollektiven Kapitalanlagen der Swisscanto Gruppe, der Swisscanto Anlagestiftung und/oder der Swisscanto Anlagestiftung Avant im Gesamtwert von mindestens CHF 30 Mio. (oder Gegenwert) (Mindestzeichnungsanforderung bei der Erstzeichnung) und (ii) halten in Anteilen der Klasse N von kollektiven Kapitalanlagen der Swisscanto Gruppe, der Swisscanto Anlagestiftung und/oder der Swisscanto Anlagestiftung Avant ein durchschnittliches Vermögen von mindestens CHF 30 Mio. (oder Gegenwert) (Mindesthalteanforderung nach einer bereits erfolgten Erstzeichnung).

Soweit Finanzintermediäre Anteile für Rechnung ihrer Kunden halten, sind die Mindestzeichnungs- bzw. Mindesthalteanforderungen auf der Ebene des Kunden zu erfüllen.

Für die Ermittlung des für die Bestimmung der Einhaltung der Mindesthalteanforderungen massgeblichen durchschnittlichen Vermögens wird jeweils per Stichtag 30. Juni und 31. Dezember der Durchschnitt der Monatsendbestände der vorausgehenden sechs Monate berechnet. Am ersten auf die Erstzeichnung folgenden Stichtag, werden nur die Monatsendbestände ab dem Monat, in welchem die Erstzeichnung erfolgte, in die Berechnung mit einbezogen und die für die Berechnung des Durchschnitts massgebliche Anzahl von Monaten verringert sich entsprechend.

Die Fondsleitung informiert andere Gesellschaften, die kollektive Kapitalanlagen der Swisscanto Gruppe verwalten, sowie die Swisscanto Anlagestiftung und die Swisscanto Anlagestiftung Avant, falls ein Anleger während maximal sechs Monaten die Mindesthalteanforderungen gemäss Bst. b oben nicht mehr erfüllt. Nach Ablauf einer zusätzlichen Frist von sechs Monaten ist die Fondsleitung berechtigt, in Zusammenarbeit mit der Depotbank eine zwangsweise Rücknahme der Anteile der Klasse N vorzunehmen. Besteht im selben Teilvermögen eine andere Anteilkasse, für welche der Anleger die Zeichnungsvoraussetzungen erfüllt ("neue Klasse"), kann die Fondsleitung in Zusammenarbeit mit der Depot-

bank anstatt einer zwangsweisen Rücknahme einen Zwangsumtausch der verbleibenden Anteile der Klasse N in Anteile der neuen Klasse des selben Teilvermögens vornehmen.

Bei der Anteilsklasse N wird keine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Fondsvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages). Folglich wird die Fondsleitung für die Fondsverwaltung (d.h. die Leitung, das Asset Management und, sofern entschädigt, den Vertrieb sowie andere anfallende Kosten, insbesondere die Kommissionen und Kosten der Depotbank) nicht über die pauschale Verwaltungskommission, sondern über eine Vergütung entschädigt, die im Rahmen der oben genannten Verträge (schriftlicher Vermögensverwaltungsauftrag, schriftlicher Beratungsvertrag, schriftlicher Investitionsvertrag oder anderer schriftlicher Dienstleistungsvertrag) zwischen dem Anleger auf der einen Seite und Swisscanto Asset Management AG oder einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe oder einer Bank auf der anderen Seite festgelegt wird.

Die Erträge der Anteilsklasse N werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages).

Zeichnet die Fondsleitung oder eine andere Gesellschaft der Swisscanto Gruppe Anteile der Klasse N (in eigenem Namen) um die Anteilsklasse zu aktivieren bzw. diese aufrechtzuerhalten, ist die Fondsleitung berechtigt, während 12 Monaten auf die Einhaltung der oben beschriebenen Mindestzeichnungs- bzw. Mindesthalteanforderungen zu verzichten. Die Situation der Aufrechterhaltung entsteht, wenn alle Anleger der Anteilsklasse N ihre Anteile zurückgeben und die Fondsleitung und/oder eine Gesellschaft der Swisscanto Gruppe entweder als einzige Anleger in der betroffenen Anteilsklasse verbleiben oder als einzige neue Anleger einen Anteil der betroffenen Anteilsklasse zeichnen.

Die Anteile der Klasse N können nur von Banken angeboten werden, sofern eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe besteht.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilsklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

### **1.3 Anteilsklasse P**

Die Anteilsklasse P wird bei allen Teilvermögen angeboten.

Anteile der Klasse P werden nur qualifizierten Anleger gemäss § 5 Ziff. 1 des Fondsvertrages angeboten, welche einen schriftlichen Vermögensverwaltungsvertrag, einen schriftlichen Beratungsvertrag, einen schriftlichen Investitionsvertrag oder einen anderen schriftlichen Dienstleistungsvertrag mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe oder mit einem Kooperationspartner abgeschlossen haben.

Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages) und die Erträge werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

Die Anteile der Klasse P können nur von Kooperationspartnern angeboten werden, sofern eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit Swisscanto Asset Management AG oder mit einer anderen Gesellschaft der Swisscanto Gruppe besteht.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilsklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

### **1.4 Anteilsklasse AST**

Die Anteilsklasse AST wird bei den Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA, EQUITY INTERNATIONAL, EQUITY RESPONSIBLE INVEST und INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS angeboten.

Anteile der Klasse AST werden ausschliesslich der Swisscanto Anlagestiftung Avant und der Swisscanto Flex Sammelstiftung angeboten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages) und die Erträge werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

#### **1.5 Anteilkasse AST BVG**

Die Anteilkasse AST BVG wird bei den Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA und EQUITY INTERNATIONAL angeboten.

Anteile der Klasse AST BVG sind ausschliesslich der Swisscanto Anlagestiftung Avant und der Swisscanto Flex Sammelstiftung für die Anlage der Vermögen der beruflichen Vorsorge vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages) und die Erträge werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

#### **1.6 Anteilkasse AST BVGFZ**

Die Anteilkasse AST BVGFZ ist bei den Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA und EQUITY INTERNATIONAL vorgesehen. Zurzeit wird sie nicht angeboten.

Anteile der Klasse AST BVGFZ sind ausschliesslich der Swisscanto Flex Sammelstiftung für die Anlage der Vermögen von Freizügigkeitsstiftungen vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des jeweiligen Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages) und die Erträge werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

#### **1.7 Anteilkasse AST Region**

Die Anteilkasse AST Region wird beim Teilvermögen EQUITY NORTH AMERICA angeboten.

Anteile der Klasse AST Region sind ausschliesslich der Regionenmischvermögen der Swisscanto Anlagestiftung Avant vorbehalten. Es wird eine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Vermögens des Teilvermögens erhoben (§ 19 Ziff. 1 des Fondsvertrages) und die Erträge werden thesauriert (§ 22 des Fondsvertrages). Es bestehen keine Mindestanlageanforderungen.

Einen Überblick über die einzelnen Anteilklassen gewährt die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs.

### **2. Für die Teilvermögen relevante Steuervorschriften**

Der Umbrella-Fonds besitzt in der Schweiz keine Rechtspersönlichkeit. Er unterliegt weder einer Ertrags- noch einer Kapitalsteuer.

Die im jeweiligen Teilvermögen auf inländischen Erträgen abgezogene eidgenössische Verrechnungssteuer kann von der Fondsleitung für das jeweilige Teilvermögen vollumfänglich zurückgefördert werden.

Ausländische Erträge und Kapitalgewinne können den jeweiligen Quellensteuerabzügen des Anlagelandes unterliegen. Soweit möglich, werden diese Steuern von der Fondsleitung aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen oder entsprechenden Vereinbarungen für die Anleger mit Domizil in der Schweiz zurückgefordert.

Steht ein Teilvermögen ausschliesslich Vermögen der beruflichen Vorsorge zur Verfügung, wird für dieses Teilvermögen bezüglich US Withholding Tax eine vollständige Entlastung angestrebt. Das entsprechende Teilvermögen ist als transparente Partnership beim IRS registriert. In diesem Zusammenhang stimmt der Anteilsinhaber einem allfälligen namentlichen Einzelreporting an die amerikanische Steuerbehörde IRS zu. Anleger dieser Teilvermögen haben gegenüber der Fondsleitung und der Depotbank / Custodian ihre Identität zu deklarieren.

In Bezug auf bestimmte Anleger, namentlich steuerbefreite in der Schweiz domizierte Einrichtungen der beruflichen Vorsorge, der gebundenen Vorsorge, Freizügigkeitseinrichtungen oder Sozialversicherungs- und Ausgleichskassen und die der Aufsicht des Bundes unterstellten in der Schweiz domizilierten öffentlich-rechtlichen Lebensversicherer, wird auf vom jeweiligen Teilvermögen zurückbehaltenen und wieder angelegten Nettoerträgen keine Verrechnungssteuer erhoben, sondern die Verrechnungssteuer durch Meldung an die Eidg. Steuerverwaltung erfüllt.

Die Besteuerung und die übrigen steuerlichen Auswirkungen für den Anleger beim Halten bzw. Kaufen oder Verkaufen von Anteilen der Teilvermögen des Umbrella-Fonds richten sich nach den steuergesetzlichen Vorschriften im Domizilland des Anlegers.

Die steuerlichen Ausführungen gehen von der derzeit bekannten Rechtslage und Praxis aus. Änderungen der Gesetzgebung, Rechtsprechung bzw. Erlasse und Praxis der Steuerbehörden bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Die Teilvermögen des Umbrella-Fonds sind bei den US-Steuerbehörden als Registered Deemed-Compliant Foreign Financial Institutions im Sinne der Sections 1471 – 1474 des U.S. Internal Revenue Code (Foreign Account Tax Compliance Act, einschliesslich diesbezüglicher Erlasse, "FATCA") bzw. des Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA angemeldet.

### **3. Informationen über die Fondsleitung**

Für die Fondsleitung zeichnet die Swisscanto Asset Management AG verantwortlich. Sie ist eine Aktiengesellschaft schweizerischen Rechts mit Sitz in Bern und seit ihrer Gründung im Jahre 1960 im Fondsgeschäft tätig. Ihre Postadresse ist Nordring 4, Postfach 730, CH-3000 Bern 25 und ihre Internetadresse [www.swisscanto.ch](http://www.swisscanto.ch).

Das Aktienkapital der Fondsleitung betrug am 30. Juni 2014 CHF 5 Mio. Es ist in 5000 Namensaktien à CHF 1000 aufgeteilt und zu 100% einbezahlt. Alleinaktionärin der Fondsleitung ist die Swisscanto Holding AG, Bern, an welcher alle Kantonalbanken beteiligt sind.

Der Verwaltungsrat der Fondsleitung setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident:

- Dr. G. Fischer, CEO der Swisscanto Holding AG, Bern

Mitglieder:

- O. Simeon, Geschäftsführer der Swisscanto Vorsorge AG, Zürich
- H. Frey, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Swisscanto Asset Management AG

Die Geschäftsführung der Fondsleitung obliegt:

- H. Frey, Vorsitzender, Leiter des Bereiches "Corporate Services",
- P. Bänziger, Leiter des Bereiches "Asset Management",
- T. Breitenmoser, Leiter des Bereiches "Vertrieb Institutionelle",
- C. Racine, Leiter des Bereiches "Vertrieb Kantonalfabanken".

Per 31. Dezember 2014 verwaltete die Fondsleitung in der Schweiz insgesamt 58 kollektive Kapitalanlagen, wobei sich die Summe der verwalteten Vermögen auf CHF 25.7 Mia. belief. Per 31. Dezember 2014 verwaltete die Swisscanto Gruppe zudem 55 in Luxemburg domizierte kollektive Kapitalanlagen mit einem Gesamtvermögen von CHF 17.9 Mia.

#### **4. Informationen über die Depotbank**

Depotbank ist die Zürcher Kantonalfabank. Sie ist eine selbständige Anstalt des kantonalen öffentlichen Rechts mit Sitz in Zürich und wurde am 15. Februar 1870 gegründet und ist als Universalbank tätig. Die genaue Ausführung des Auftrages regelt ein zwischen der Swisscanto Asset Management AG und der Zürcher Kantonalfabank, Zürich, abgeschlossener Vertrag.

Die Depotbank kann Dritt- und Sammelverwahrer im In- oder Ausland mit der Aufbewahrung des Vermögens des Umbrella-Fonds beauftragen, soweit dies im Interesse einer sachgerechten Verwahrung liegt. Die Dritt- und Sammelverwahrung bringt es mit sich, dass die Fondsleitung an den hinterlegten Werten nicht mehr das Allein-, sondern nur noch das Miteigentum hat.

Für Finanzinstrumente darf die Übertragung im Sinne des vorstehenden Absatzes nur an beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer erfolgen. Finanzinstrumente können an nicht beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer übertragen werden, wenn die Übertragung an beaufsichtigte Dritt- oder Sammelverwahrer nicht möglich ist, wie insbesondere aufgrund zwingender Rechtsvorschriften oder Modalitäten des Anlageprodukts.

Die Depotbank ist bei den US-Steuerbehörden als Reporting Foreign Financial Institution under a Model 2 IGA im Sinne der Sections 1471 – 1474 des U.S. Internal Revenue Code (Foreign Account Tax Compliance Act, einschliesslich diesbezüglicher Erlasse, „FATCA“) bzw. des Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA angemeldet.

#### **5. Informationen über Dritte**

- Zahlstellen des Fonds in der Schweiz sind alle Kantonalfabanken mit Sitz jeweils im Kantonshauptort und die Bank Coop AG, Basel.
- Mit dem Vertrieb des Fonds sind sämtliche Kantonalfabanken mit Sitz jeweils im Kantonshauptort und die Bank Coop AG, Basel, beauftragt worden (Vertriebsträger).
- Prüfgesellschaft ist KPMG AG, mit Sitz in Zürich.

#### **6. Verkaufsrestriktionen**

Der Vertrieb dieses Fonds ist ausschliesslich in der Schweiz an schweizerische Pensionskassen und Anlagestiftungen vorgesehen.

**Der Anleger haftet gegenüber dem Fondsvermögen für sämtliche Schäden, welche sich aus einem nicht mehr aktuellen oder aus einem nicht korrekt ausgefüllten Formular W-8BEN-E in Bezug auf seine Anlage ergeben. Diese Haftung umfasst u.a. allfällige Steuerfolgen und Abwicklungskosten (inkl. Kosten für Rechts- und Steuerberatung), welche in diesem Zusammenhang entstehen.**

**Der Anleger stimmt einer vollständigen Offenlegung seiner Beteiligung an der kollektiven Kapitalanlage und namentliche Bekanntgabe gegenüber der amerikanischen Steuerbehörde und/oder anderen Depotstellen, welche Vermögenswerte der kollektiven Kapitalanlage verwahren oder verwahrt haben, zu. In diesem Rahmen entbindet der Anleger die Fondsleitung und die Depotbank sowie deren Beauftragte vollständig und unwiderruflich vom Fondsleitungs- und/oder Bankgeheimnis und ermächtigt diese sämtliche erforderlichen oder zweckdienlichen Meldungen an in- oder ausländische Behörden sowie Depotstellen vorzunehmen.**

Anteile der Teilvermögen dürfen innerhalb der USA oder Personen, die gemäss Regulation S des US Securities Act von 1933 oder gemäss US Commodity Exchange Act, jeweils in der aktuellen Fassung, als US-Personen gelten, weder angeboten, verkauft noch ausgeliefert werden.

## **7. Weitere Informationen**

### **7.1 Benchmark des Teilvermögens EQUITY NORTH AMERICA**

Der Benchmark des Teilvermögens EQUITY NORTH AMERICA ist der MSCI North America Index.

### **7.2 Nachhaltigkeitsindex des Teilvermögens EQUITY RESPONSIBLE INVEST**

Basis für das Anlageuniversum des Teilvermögens bildet der MSCI World ESG<sup>2</sup> Index.

### **7.3 Die wesentlichen Risiken**

Nach Massgabe der Anlagepolitik der einzelnen Teilvermögen bestehen folgende wesentliche Risiken für die Anleger:

Der Inventarwert sowie der Ertrag des jeweiligen Teilvermögens können schwanken. Es besteht keine Gewähr, dass ein bestimmter Ertrag erzielt und die Anteile zu einem bestimmten Preis zurückgegeben werden können.

Bei Anlagen in Forderungswertpapiere bzw. Forderungswertrechte besteht insbesondere das Risiko, dass der Kurs sowie der Zins der Obligationen je nach Zinsentwicklung und Veränderung der Bonität der Emittenten schwanken können. Dies hängt insbesondere von der Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte oder von besonderen Entwicklungen der jeweiligen Kontrahenten ab. Das mit einer Anlage in festverzinsliche Anlagen verbundene Bonitäts- bzw. Ausfallrisiko kann auch bei einer sorgfältigen Auswahl nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

Bei Anlagen in Beteiligungswertpapiere bzw. Beteiligungswertrechte können die Erträge und das Kapital beträchtlich schwanken.

Bei Anlagen, die nicht auf Schweizer Franken (CHF) lauten, besteht ein Wechselkursrisiko.

### **7.4 Nützliche Hinweise**

- |                           |  |
|---------------------------|--|
| - ISIN-N°:                | siehe Tabelle unter Ziff. 8 dieses Anhangs |
| - Kotierung:              | nein                                       |
| - Rechnungsjahr:          | 1. Juni bis 31. Mai                        |
| - Laufzeit:               | unbegrenzt                                 |
| - Verwendung der Erträge: | siehe Tabelle unter Ziff. 8 dieses Anhangs |

### **7.5 Ausgabe und Rücknahme**

Tägliche Frist für Zeichnungen und Rücknahmen: 16.00 Uhr

---

<sup>2</sup> Environmental, Social, Governance

Valuta ab Zeichnungen und Rücknahmen: spätestens 3 Tage

Zeichnungs- und Rücknahmeanträge, die zu ortsüblichen Öffnungszeiten, spätestens jedoch bis 16 Uhr an einem Bankwerktag (Auftragstag) bei der Depotbank vorliegen, werden am nächsten Bankwerktag (Bewertungstag) auf der Basis des an diesem Tag berechneten modifizierten Nettoinventarwertes abgewickelt. Der zur Abrechnung gelangende modifizierte Nettoinventarwert ist somit im Zeitpunkt der Auftragserteilung noch nicht bekannt. Er wird am Bewertungstag aufgrund der Schlusskurse des Auftragstags berechnet.

Jeder Anleger kann beantragen, dass er im Falle einer Zeichnung anstelle einer Einzahlung in bar Anlagen an das Fondsvermögen leistet („Sacheinlage“ oder „contribution in kind“ genannt) bzw. dass ihm im Falle einer Kündigung anstelle einer Auszahlung in bar Anlagen übertragen werden ("Sachauszahlung" oder "redemption in kind"). Der Antrag ist zusammen mit der Zeichnung bzw. mit der Kündigung zu stellen. Die Fondsleitung ist nicht verpflichtet, Sachein- und Sachauszahlungen zuzulassen.

Die Fondsleitung entscheidet allein über Sacheinlagen oder Sachauszahlungen und stimmt solchen Geschäften nur zu, sofern die Ausführung der Transaktionen vollumfänglich im Einklang mit der Anlagepolitik des jeweiligen Teilvermögens steht und die Interessen der übrigen Anleger dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Die Details von Sacheinlagen und –rücknahmen sind in § 17 Ziff. 7 Fondsvertrag geregelt.

## **7.6 Berechnung des Bewertungs-Nettoinventarwertes und des modifizierten Nettoinventarwertes im Zusammenhang mit der Anwendung der "Swinging Single Pricing"-Methode bei der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen**

Laut § 16 Ziff. 7 des Fondsvertrags wird der im Zusammenhang mit der Ausgabe und Rücknahme von Anteilen massgebende Nettoinventarwert der Teilvermögen nach der "Swinging Single Pricing"-Methode (nachstehend "SSP-Methode") berechnet.

Bei der SSP-Methode werden bei der Berechnung des Nettoinventarwertes die durch die Zeichnungen und Rücknahmen verursachten Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.) mitberücksichtigt. Der sich infolge von Zeichnungen und Rücknahmen ergebende Nettokapitalstrom bestimmt das für die Portfolioanpassung notwendige Volumen. Die durch Zeichnungen und Rücknahmen am Handelstag verursachten Transaktionskosten sind von jenen Anlegern zu tragen, welche diese Zeichnungen bzw. Rücknahmen beantragen. Übersteigen die Zeichnungen an einem bestimmten Bewertungstag die Rücknahmen, so zählt die Fondsleitung zum errechneten Bewertungs-Nettoinventarwert die durch die Zeichnungen und Rückkäufe verursachten Transaktionskosten hinzu (dies entspricht dem "modifizierten Nettoinventarwert"). Übersteigen die Rücknahmen an einem bestimmten Bewertungstag die Zeichnungen, so zieht die Fondsleitung vom errechneten Bewertungs-Nettoinventarwert die durch die Zeichnungen und Rückkäufe verursachten Transaktionskosten ab (dies entspricht dem "modifizierten Nettoinventarwert"). Der bei den Zeichnungen bzw. Rücknahmen anfallende Zu- bzw. Abschlag zum Bewertungs-Nettoinventarwert bei den Transaktionskosten erfolgt jeweils pauschal bezogen auf einen Durchschnittswert aus einer Vorperiode von maximal einem Jahr.

Die Anleger werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in dieser Bestimmung erwähnten Transaktionskosten sämtliche durch die Zeichnungen und Rücknahmen verursachten Nebenkosten für den An- und Verkauf der Anlagen (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.) mitumfassen.

Da durch Einzahlungen bzw. Auszahlungen in Anlagen statt in bar keine Nebenkosten für den Ankauf bzw. Verkauf der Anlagen entstehen (Geld/Brief-Spannen, marktkonforme Courtagen, Kommissionen, Abgaben usw.), wird die Anzahl Anteile, auf die ein Anleger aufgrund seiner Zeichnung durch Sacheinlage bzw. Rücknahme durch Sachauslage Anspruch hat, gestützt auf den Bewertungs-Nettoinventarwert pro Anteil für einen bestimmten Bewertungstag ermittelt (vgl. § 17 Ziff. 7 des Fondsvertrages).

## 7.7 Konversion von Anteilen

Die Anleger sind berechtigt, alle oder einen Teil ihrer Anteile innerhalb eines bestimmten Teilvermögens von einer Anteilsklasse in eine andere Anteilsklasse umzutauschen (Konversion), und zwar an jedem Tag, an dem der Nettoinventarwert des entsprechenden Teilvermögens berechnet wird. Die Zeichnungsanforderungen der jeweiligen Anteilsklasse müssen auch bei einer Konversion von Anteilen in eine andere Anteilsklasse erfüllt sein. Unter Vorbehalt einer Zwangskonversion gemäss § 6 Ziff. 9 i.V.m. § 6 Ziff. 10 des Fondsvertrages wird für eine Konversion von Anteilen ein entsprechender Konversionsantrag an die Depotbank und die Einlieferung der Anteilsscheine vorausgesetzt, sofern solche ausgestellt wurden. Dabei gelten die gleichen zeitlichen Beschränkungen wie für die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen (vgl. Ziff. 7.5 dieses Anhangs). Bei dieser Konversion werden den Anlegern weder Kommissionen noch Kosten belastet. Bei der Konversion gelangt der modifizierte Nettoinventarwert zur Anwendung (vgl. § 16 Ziff. 7 des Fondsvertrages).

Die Depotbank wird die Anzahl der Anteile festlegen, in welche ein Anleger seine vorhandenen Anteile umwandeln möchte, und zwar entsprechend der folgenden Formel:

$$A = [(B \times C) / D]$$

Dabei bedeuten:

A = Anzahl der Anteile der neuen Anteilsklasse, die auszugeben sind

B = Anzahl der Anteile der ursprünglichen Anteilsklasse

C = modifizierter Nettoinventarwert pro Anteil der ursprünglichen Anteilsklasse

D = modifizierter Nettoinventarwert pro Anteil der neuen Anteilsklasse

## 7.8 Kommissionen und Kosten

Die Fondsleitung belastet dem Vermögen der jeweiligen Teilvermögen eine pauschale Verwaltungskommission (§ 19 des Fondsvertrages). Diese wird verwendet für die Leitung, das Asset Management und, sofern entschädigt, den Vertrieb des jeweiligen Teilvermögens wie auch für die Entschädigung der Depotbank für die von ihr erbrachten Dienstleistungen.

Die Kommissionen sind nicht bei allen Teilvermögen und Anteilsklassen gleich. Sie gehen aus der Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs hervor.

Wie die Tabelle in Ziff. 8 dieses Anhangs näher erläutert, setzt sich die pauschale Verwaltungskommission aus den zwei Bestandteilen pauschale Management Fee und pauschale Administration Fee zusammen. Die effektiv erhobene pauschale Management Fee und die effektiv erhobene pauschale Administration Fee dürfen in ihrer Summe den Satz der maximalen pauschalen Verwaltungskommission der jeweiligen Anteilsklasse nicht übersteigen. Die pauschale Management Fee dient der Entschädigung der Verwaltungstätigkeit (Asset Management) und ggf. der Vertriebstätigkeit. Die pauschale Administration Fee dient der Entschädigung für die Leitung und die Administration.

Die effektiv angewandten Sätze der pauschalen Verwaltungskommission, der pauschalen Management Fee und der pauschalen Administration Fee sind jeweils aus dem Jahresbericht ersichtlich.

Bei der Klasse N wird keine pauschale Verwaltungskommission zulasten des Fondsvermögens erhoben. Die effektive Höhe der Entschädigung der Fondsleitung für die Leitung, das

Asset Management und, sofern entschädigt, den Vertrieb des jeweiligen Teilvermögens wie auch für die Entschädigung der Depotbank für die von ihr erbrachten Dienstleistungen wird im Rahmen des in Ziff. 1.2, Bst. a dieses Anhangs genannten Dienstleistungsvertrages festgelegt.

Die Fondsleitung bzw. deren Beauftragte können Gebühren bzw. Entschädigungen an Dritte bezahlen, die für administrative Aufgaben in Zusammenhang mit der Verwaltung des Umbrella-Fonds bzw. der Teilvermögen beigezogen werden.

Die Fondsleitung bzw. die Depotbank kann Gebühren bzw. Entschädigungen für die Verwahrung von Vermögenswerten der jeweiligen Teilvermögen an Unterverwahrstellen, Sammelverwahrstellen oder an weitere in Zusammenhang mit der Aufbewahrung bzw. Verwahrung von Vermögenswerten der jeweiligen Teilvermögen beauftragte Dritte bezahlen.

Die Fondsleitung und deren Beauftragte können Gebühren bzw. Entschädigungen an Dritte bezahlen, die zur Verwaltung des Fondsvermögens der jeweiligen Teilvermögen beigezogen werden.

Die Fondsleitung und deren Beauftragte können Gebühren bzw. Entschädigungen (inkl. Retrozessionen) zur Deckung der Vertriebstätigkeit von Fondsanteilen des jeweiligen Teilvermögens bezahlen. Als Vertriebstätigkeit gilt insbesondere jede Tätigkeit in Zusammenhang mit dem Angebot, der Werbung und der Vermittlung von Fondsanteilen.

Die Fondsleitung und deren Beauftragte können Anlegern aufgrund objektiver Kriterien Rabatte auf den dem jeweiligen Teilvermögen belasteten Gebühren bzw. Kosten gewähren. Als objektive Kriterien gelten namentlich:

- Das Anlagevolumen in einer kollektiven Kapitalanlage bzw. die Produktpalette eines Promotors von kollektiven Kapitalanlagen;
- Die Höhe der vom Anleger generierten Gebühren;
- Die erwartete Anlagedauer;
- Die Unterstützungsbereitschaft des Anlegers in der Lancierungsphase eines Teilvermögens.

Es bestehen keine Gebührenteilungsvereinbarungen. Die Fondsleitung hat keine Vereinbarungen bezüglich Retrozessionen in Form von so genannten "soft commissions" geschlossen.

## **7.9 Publikationsorgan**

Den Umbrella-Fonds bzw. die Teilvermögen betreffende Bekanntmachungen erfolgen auf der Internet-Plattform der Swiss Fund Data AG "[www.swissfunddata.ch](http://www.swissfunddata.ch)".

## **8. Daten und Kommissionssätze der einzelnen Teilvermögen und Anteilklassen - Verwendung des Erfolges**

Teilvermögen	Anteils-klasse	ISIN-N°	Währung für Ausga-ben und Rücknah-men	Erträge werden thesauriert (T) oder ausge-schüttet (A)	pauschale Verwal-tungskom-mission (max. p.a.)	pauschale Management Fee (max. p.a.)	pauschale Administra-tion Fee (max. p.a.)
<b>EQUITY NORTH AMERICA</b>	AST	CH0023798033	CHF	T	1.00%	0.95%	0.50%
	AST BVG	CH0023798041	CHF	T	1.60%	1.55%	0.50%
	AST BVGFZ	CH0023798058	CHF	T	2.00%	1.95%	0.50%
	AST Region	CH0046652746	CHF	T	1.00%	0.95%	0.50%
	P	CH0224706017	CHF	T	0.90%	0.85%	0.50%

Teilvermögen	Anteils-klasse	ISIN-N°	Währung für Ausgaben und Rücknahmen	Erträge werden thesauriert (T) oder ausgeschüttet (A)	pauschale Verwaltungskommission (max. p.a.)	pauschale Management Fee (max. p.a.)	pauschale Administration Fee (max. p.a.)
<b>EQUITY INTERNATIONAL</b>	AST	CH0023798116	CHF	T	1.00%	0.95%	0.50%
	AST BVG	CH0023798124	CHF	T	1.60%	1.55%	0.50%
	AST BVGFZ	CH0023798132	CHF	T	2.00%	1.95%	0.50%
	P	CH0224705993	CHF	T	0.90%	0.85%	0.50%
<b>EQUITY RESPONSIBLE INVEST</b>	N	CH0192252044	CHF	T	0.0%	0.0%	0.0%
	P	CH0192252051	CHF	T	1.50%	1.45%	0.50%
	AST	CH0023798140	CHF	T	1.60%	1.55%	0.50%
<b>INTERNATIONAL REAL ESTATE ASSETS</b>	AST	CH0025663565	CHF	T	1.00%	0.95%	0.50%
	P	CH0224706025	CHF	T	0.90%	0.85%	0.50%